

**FRAGENKATALOG AN DAS DESIGNIERTE
KOMMISSIONSMITGLIED****Henna VIRKKUNEN****Exekutiv-Vizepräsidentin für Technologische Souveränität, Sicherheit
und Demokratie****1. Allgemeine Befähigung, Einsatz für Europa und persönliche Unabhängigkeit**

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind für Ihre künftige Tätigkeit als Mitglied der Kommission und für die Durchsetzung der allgemeinen Interessen der Union besonders relevant, insbesondere in Bezug auf das Ressort, für das Sie zuständig wären? Wie gedenken Sie zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommission beizutragen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung umzusetzen und den Gleichstellungsaspekt in alle Politikbereiche Ihres Geschäftsbereichs einzubeziehen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen umzusetzen?

Welche Garantien für Ihre Unabhängigkeit können Sie dem Parlament geben, und wie können Sie sicherstellen, dass durch Ihr vergangenes, derzeitiges und künftiges Handeln keine Zweifel daran aufkommen, wie Sie Ihr Amt in der Kommission ausüben?

Das Referendum über die Mitgliedschaft Finnlands in der Europäischen Union fand vor 30 Jahren statt. Für mich war dies ein entscheidender Moment, denn mit meinem Engagement in der Bewegung „Ja zur EU“ fand ich den Einstieg in die Politik. Diejenigen unter uns, die sich für die EU-Mitgliedschaft einsetzten, wollten, dass Finnland der Gruppe europäischer offener Gesellschaften angehört, die die unantastbare Menschenwürde sowie Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit achten. Mein Engagement für die gemeinsame europäische Idee und das gemeinsame europäische Projekt hat mich zur Politikerin gemacht.

Die Grundwerte der Europäischen Union werden nun auf beispiellose Weise infrage gestellt. Wenn das Europäische Parlament mich bestätigt, werde ich als Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission noch entschiedener für diese Werte eintreten. Obwohl sich ein düsteres Bild unserer Gesellschaften abzeichnet, glaube ich fest daran, dass die derzeitigen Schwierigkeiten überwunden werden können. Wir brauchen mehr Dialog und den Willen zu verstehen. Wir brauchen Lösungen, entschlossene Schritte und eine gemeinsame Richtung für die Zukunft. Wie in den politischen Leitlinien der gewählten Präsidentin Ursula von der Leyen dargelegt, müssen wir jetzt viel schneller und weiter gehen, um unsere Sicherheit zu garantieren, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand zu sichern und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dies erfordert die Fähigkeit zuzuhören und in Dialog zu treten, die Kunst des Kompromisses und die Entschlossenheit, oft sehr unterschiedliche Ansichten miteinander in Einklang zu bringen. Um ein wohlhabendes und sicheres Europa zu gewährleisten, müssen wir die Produktivität durch digitale Innovation steigern. Dies bedeutet zugleich, dass wir unseren Werten Demokratie, Menschenrechte und individuelle Freiheiten treu bleiben müssen, indem wir den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Technologie stellen. Ich würde mich zunächst auf die Durchsetzung und Durchführung der bisher von den beiden gesetzgebenden Organen erlassenen digitalen Gesetze konzentrieren, aber wir sollten gemeinsam daran arbeiten, die digitale Souveränität und Führungsrolle Europas zu sichern. Dies wird nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften als Ganzes sowie die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratien stärken.

Ich war mehr als zehn Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments und davor sechs Jahre Ministerin und Mitglied des finnischen Parlaments. Häufig stand die Industrie-, Digital- und Innovationspolitik, die für den mir vorgeschlagenen Geschäftsbereich „Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie“ relevant ist, im Mittelpunkt meiner Arbeit. Erst kürzlich hatte ich als Mitglied des Europäischen Parlaments die Gelegenheit, den digitalen Wandel in meinen verschiedenen Funktionen als Berichterstatterin und Schattenberichterstatterin

voranzubringen. Die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie die Förderung digitaler und zukunftsweisender Technologien haben bei meiner politischen Tätigkeit stets eine zentrale Rolle gespielt. Wenn das Parlament mich bestätigt, werde ich mich bemühen, einen kohärenten Ansatz für den Einsatz von Technologie zu entwickeln, der die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU stärkt und der zugleich alle Datenschutzerfordernungen uneingeschränkt erfüllt und sicherstellt, dass Instrumente wie KI sicher eingesetzt werden.

Als Politikerin spornt mich ein starker Gerechtigkeitsinn und die Idee an, dass alle Menschen gleichbehandelt werden sollten. Ich bin der festen Überzeugung, dass zur Verwirklichung der Gleichstellung Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft erforderlich sind. Ein konkretes Beispiel in dem Geschäftsbereich, der mir von der gewählten Kommissionspräsidentin vorgelegt wurde, ist die zentrale Aufgabe, Europa an die Spitze der neuen Technologien zu bringen. Dies wird schlicht nicht möglich sein, wenn es uns nicht gelingt, Mädchen und Frauen für MINT-Fächer zu gewinnen. Um die technologische Souveränität Europas voranbringen zu können, müssen wir alle Talente bestmöglich nutzen. Auch in den anderen Bereichen meines Geschäftsbereichs würde ich der Geschlechterdimension besondere Aufmerksamkeit widmen: Die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in sicherheits- und demokratiepolitischen Maßnahmen ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung inklusiverer, wirksamerer und nachhaltigerer Lösungen. Eine geschlechtersensible Politik trägt dazu bei, die vielfältigen Auswirkungen von Sicherheitsbedrohungen und demokratischen Herausforderungen auf verschiedene Gruppen anzugehen und sicherzustellen, dass die Stimmen von Frauen gehört und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

In der Praxis habe ich als Präsidentin des Frauenverbands der Nationalen Sammlungspartei und als Vorsitzende des Frauen-Baseballvereins Jyväskylän Kirittäret zur Beteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen beigetragen. Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Achtung der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, werden weiterhin zentrale Beweggründe für mein öffentliches Engagement sein.

Ebenso ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir der Perspektive der jungen Menschen, die morgen mit den Entscheidungen, die wir heute treffen, leben werden, besondere Aufmerksamkeit widmen. Als Mitglied des Europäischen Parlaments bin ich häufig mit jungem Publikum in verschiedenen Schulformen und Bildungseinrichtungen in Dialog getreten. Die Frage, in welche Richtung ihre Zukunft geht, kam bei fast jedem Treffen auf und bereitet den jungen Menschen Sorgen und lässt sie Druck empfinden. Wir als Entscheidungstragende sollten darauf hinarbeiten, eine Zukunft zu schaffen, in der junge Generationen unterstützt werden und Chancen sehen. Ich möchte, dass Europa ein Ort ist, an dem junge Menschen ihr Leben gestalten und ihre Träume verwirklichen können. Sollte ich bestätigt werden, werde ich jährliche jugendpolitische Dialoge mit jungen Europäerinnen und Europäern führen, denn die durchgängige Berücksichtigung sowohl der Geschlechtergleichstellung als auch der Anliegen junger Menschen bei der Arbeit der Europäischen Kommission wäre eine Aufgabe, die mir am Herzen liegt. Regelmäßige Besuche in den Mitgliedstaaten wären ebenfalls eine besondere Priorität für mich. Die Kommission sollte sowohl *mit* den EU-Bürgerinnen und -Bürgern als auch *für* sie arbeiten.

Ich achte die Grundlagen, auf denen wir Europa aufgebaut haben: die grundlegende Achtung unserer demokratischen Institutionen und Behörden, Rechtsstaatlichkeit, Gleichbehandlung, Verhältnismäßigkeit und Wohlstand. Ich verpflichte mich, höchste ethische Standards und die Verpflichtungen nach Artikel 17 Absatz 3, Artikel 245 und Artikel 339 AEUV sowie dem Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder zu erfüllen.

Meine Interessenerklärung ist vollständig und öffentlich zugänglich. Sollten sich Änderungen ergeben, wird sie entsprechend aktualisiert. Für mich ist Unabhängigkeit nicht verhandelbar. Ich werde jede Situation vermeiden, die meine Unparteilichkeit oder meine Unabhängigkeit infrage stellen könnte. Ich werde die Präsidentin der Kommission über jede Situation informieren, in der ein Interessenkonflikt auftreten könnte.

2. Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Können Sie zusagen, dass Sie das Parlament ordnungsgemäß über Ihre Tätigkeiten und die Tätigkeiten Ihrer Dienststellen informieren? Inwiefern sehen Sie sich gegenüber dem Parlament als rechenschaftspflichtig?

Welche konkreten Zusagen können Sie uns geben, was Ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament bzw. Ihre Anwesenheit sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum anbelangt und was Transparenz, Kooperation und wirksame Folgemaßnahmen zu den Standpunkten des Parlaments und Aufforderungen zur Vorlage von Gesetzgebungsinitiativen betrifft? Sind Sie im Hinblick auf geplante Initiativen und laufende Verfahren bereit,

dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat zeitnah Informationen zu übermitteln und Einsicht in Unterlagen zu gewähren?

Ich fühle mich geehrt, seit mehr als zehn Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments zu sein. Ich habe großen Respekt vor meinen Kolleginnen und Kollegen und der demokratischen Kraft des Parlaments, und ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch die Stärkung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission mehr zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen können.

Ich setze mich für einen offenen und systematischen Dialog mit dem Europäischen Parlament ein, um sicherzustellen, dass das Parlament seine Gesetzgebungsbefugnisse und seine demokratische Kontrolle wirksam ausüben kann. Dies erfordert einen transparenten Informationsfluss über wichtige Ereignisse und entscheidende Verhandlungsphasen. Wenn dem Europäischen Parlament relevante Informationen zeitnah zur Verfügung gestellt werden, verbessert dies die Qualität und Effizienz der Entscheidungsprozesse. Wenn ich als Mitglied des Kollegiums bestätigt werde, werde ich mein Möglichstes tun, um an Plenardebatten, Ausschusssitzungen und Trilogen im Zusammenhang mit dem mir vorgeschlagenen Geschäftsbereich teilzunehmen. Insgesamt sollte der Status des Europäischen Parlaments als mit dem Rat gleichberechtigtes gesetzgebendes Organ immer klar in die Arbeit des Kollegiums eingebettet sein. Ich werde dafür sorgen, dass alle vom Parlament angenommenen Entschließungen nach Artikel 225, in denen Legislativvorschläge in meinen Zuständigkeitsbereichen gefordert werden, als hohe Priorität auf der Tagesordnung der Kommission behandelt und in einem strukturierten Dialog mit dem zuständigen Parlamentarischen Ausschuss weiterverfolgt werden.

Ich freue mich auch darauf, mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in den Genuss der Vorteile der Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen der EU kommen können. Es wäre sehr nützlich, die Kommission bei ihrer Aufgabe, die Umsetzung voranzutreiben, zu unterstützen, da uns politische Entscheidungen, Erklärungen oder selbst die strengsten Rechtsvorschriften nicht voranbringen werden, wenn wir nicht sicherstellen, dass auch unsere gemeinsamen Regeln eingehalten werden.

Ich halte eine offene, ehrliche und kontinuierliche Kommunikation mit dem Europäischen Parlament und seinen Mitgliedern für sehr wichtig. Ich möchte Transparenz bei der Vorbereitung neuer Initiativen anstreben, und es ist mir wichtig, dass auch unsere Interessenträger, Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Standpunkten gehört werden.

Sollte ich bestätigt werden, würde ich als Exekutiv-Vizepräsidentin weiterhin hohe Transparenzstandards für Treffen mit Interessenvertreterinnen und -vertretern anwenden, ganz wie ich es stets in meiner Rolle als Mitglied des Europäischen Parlaments getan habe.

Bevor ich in die Politik ging, war ich beruflich als Journalistin tätig. Ich halte es – auch angesichts der Bedrohung durch Falsch- und Desinformation – für äußerst wichtig, mich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen und den Bürgerinnen und Bürgern auch über die Medien zeitnahe und genaue Informationen zur Verfügung zu stellen. Wenn ich vom Parlament bestätigt werde, werde ich als Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission mein Bestes tun, um auch mit einem größeren Publikum in Kontakt zu treten und die Maßnahmen und Beschlüsse der Kommission aktiv den EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu kommunizieren.

Fragen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie:

3. Wie sehen Ihre Zukunftsvorstellungen für Ihren Geschäftsbereich über Ihr Mandat hinaus aus und welches Vermächtnis möchten Sie hinterlassen? Welche Legislativvorschläge und sonstigen Initiativen werden Sie dem Kollegium der Kommissionsmitglieder in den nächsten fünf Jahren und insbesondere in den ersten 100 Tagen zur Annahme unterbreiten? Wie werden Sie sicherstellen, dass durch diese Vorschläge sowie die Umsetzung der bereits vorhandenen Rechtsvorschriften die europäische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird? Beabsichtigen Sie, diese Legislativvorschläge auf eigens durchgeführte Folgenabschätzungen zu stützen? Welche Pläne haben Sie insbesondere für den Rechtsakt über digitale Netze, den EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung, die einheitliche EU-weite Cloud-Politik und die Strategie für die Europäische Datenunion? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie vorschlagen, um sicherzustellen, dass Europa seine Zielsetzungen für die digitale Dekade bis 2030 erreicht, auch in Bezug auf digitale Kompetenzen? Was halten Sie vom EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste (EUCS) und von den Empfehlungen aus dem Draghi-Bericht zu Cloud-Diensten?

Angetrieben von neuen Technologien verändert sich die Welt schneller als je zuvor und mit KI, Quanten- und Biotechnologie kommen noch größere Veränderungen auf uns zu. Wir haben die Wahl: Wir können uns entweder anpassen, neue Technologien nutzen und uns weiterentwickeln oder wir riskieren, ins Hintertreffen zu geraten und weiterhin von anderen abhängig zu sein. Wählen wir den letzteren Weg, werden wir unser derzeitiges Wohlstandsniveau nicht aufrechterhalten und weder die Umwelt oder gar uns selbst schützen können. Die Wettbewerbslücke zwischen der EU und den USA ist in weiten Teilen auf den florierenden US-amerikanischen Technologiesektor und die dortige Technologieakzeptanz zurückzuführen. Werde ich vom Europäischen Parlament bestätigt, wird in meinem kommenden Mandat die Schließung dieser Lücke eine wichtige Priorität sein. Technologie darf nicht zu einer Schwachstelle werden, wenn wir sie auch zu unserem Vorteil nutzen können. Wir müssen Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Ferner stehen wir hinsichtlich der Sicherheit Europas an einem Scheideweg. Ich strebe Zusammenarbeit in Europa und mit unseren Verbündeten an, um sicherzustellen, dass wir für die Herausforderungen, die der aktuelle geopolitische Kontext mit sich bringt, gewappnet sind. Die europäische Wirtschaft und Gesellschaft zu schützen, bedeutet vor allem unsere Grundwerte, nämlich Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte, zu verteidigen. Unsere Digitalpolitik spielt eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Desinformation und der Förderung eines energischen, unabhängigen und freien Mediensektors.

Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie sind die Grundlage, auf der wir – wenn wir zusammenarbeiten – die Zukunft Europas gestalten und sicherstellen können, dass unser Kontinent der Ort bleibt, den wir unseren Kindern überlassen wollen. Dies sind die zentralen Ziele, die ich während meines Mandats verfolgen werde.

Zusammen mit Ihnen möchte ich eine Union gestalten, die innovativ und produktiv ist und bei Bedarf zukunftssicher reguliert. Eine Union, die Bürokratie abbaut, eine Union, die Innovation in den Mittelpunkt eines radikalen Wandels hin zur Produktivität stellt, die in interne und externe Sicherheit investiert und sich auch in Zukunft der weltweit höchsten Standards in Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfreut. Gleichzeitig bin ich der Auffassung, dass die EU bei der globalen digitalen Governance weiterhin eine führende Rolle spielen und weltweit für unsere gemeinsamen europäischen Werte, die auf den Menschen ausgerichtet sind und unseren Vorschriften zugrunde liegen, werben sollte.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich unsere derzeitige Politik auf den Prüfstand stellen und konkrete neue Maßnahmen – einschließlich der in meinem Mandatsschreiben genannten – vorschlagen, die zukunftssicher und mit eindeutigen und messbaren Outputs versehen sind, um die politischen Ziele und Vorgaben zu erreichen, die wir uns für die digitale Dekade bis 2030 gesetzt haben. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, braucht es einen Paradigmenwechsel in fünf Aktionsbereichen:

Erstens: sektorübergreifende Förderung der Innovationskraft europäischer Unternehmen, insbesondere der KMU, und Senkung der Hürde für unsere Unternehmen zur Einführung innovativer Technologien wie KI.

Zweitens: Um den Verwaltungsaufwand für unsere Unternehmen zu verringern, würde ich die wirksame Umsetzung, Durchsetzung und Vereinfachung von Regelungen und Vorschriften sowie den Abbau von Bürokratie durch den Einsatz von Technologie unterstützen.

Drittens: Damit jeder Teil der digitalen Revolution sein kann, sollten wir Kompetenzen in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen intensiver daran arbeiten, die Lücke bei den fortgeschrittenen digitalen Kompetenzen zu schließen, und insbesondere daran, den Frauenanteil an IKT-Fachkräften in Europa zu erhöhen.

Viertens: Nutzung des Potenzials der digitalen Technologien und Spitzentechnologien, um unser Leben zu verbessern und unser Lebensumfeld grüner, sicherer und inklusiver zu gestalten. Ich würde auch sicherstellen, dass die Energieeffizienz des IKT-Sektors angemessen angegangen wird und dass wir dabei KI nutzen.

Fünftens: Ich möchte die Art und Weise verbessern, wie der öffentliche Sektor z. B. im Bereich Gesundheit für unsere Bürgerinnen und Bürger sorgt. Der öffentliche Sektor, einschließlich der Kommission, sollte innovative Lösungen nutzen, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden.

Um all dies zu erreichen und die Vorteile für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen, müssen wir schnell handeln. Das bedeutet in erster Linie die Ausschöpfung der bestehenden Rechtsvorschriften. Wir müssen uns immer fragen, ob das Ergebnis durch eine bessere Durchsetzung oder Umsetzung der bestehenden Vorschriften erreicht werden kann. Doch in einer schnelllebigsten Welt sollten wir erforderlichenfalls auch neue, innovationsfreundliche Rechtsvorschriften vorschlagen. Dabei sind ordnungsgemäße Folgenabschätzungen durchzuführen, die alle relevanten Interessenträger einbeziehen und eine solide Kosten-Nutzen-Analyse umfassen. Neue Regelungen sollten einfacher, zielgerichtet und zugänglich sein.

Europa sollte der in der KI führende Kontinent werden. Deshalb werde ich mich, sollte ich bestätigt werden, in den ersten 100 Tagen auf die **Initiative für KI-Fabriken** konzentrieren. Während der Fokus der KI-Fabriken darauf liegt, den Zugang von KI-Start-ups und der Industrie zu erstklassigen Hochleistungsrechenanlagen sicherzustellen, wird der **Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung** (weitere Informationen in meiner Antwort auf Frage 6) die gravierende Lücke in der allgemeinen Datenverarbeitungs- und Rechenkapazität schließen, die europäische Unternehmen derzeit von der Entwicklung und Einführung von KI abhält. Aus diesem Grund wird der **Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung** Maßnahmen zur Förderung von Innovationen und Investitionen, zum Bürokratieabbau und zur Förderung von Technologien enthalten, mit denen ehrgeizige Energieeffizienzziele erreicht werden können.

Insbesondere in Bezug auf die Cloud ist es wichtig, für Anbieter aus Drittländern offen zu bleiben, um die Sicherheit unserer Lieferketten zu gewährleisten, und gleichzeitig das berechtigte Interesse an „souveränen Cloud“-Lösungen in besonders sensiblen Anwendungen zu berücksichtigen. Mit den Schutzbestimmungen der Datenverordnung haben wir sichergestellt, dass die von Cloud-Dienstleistern in Europa gespeicherten Daten vor unrechtmäßigem Zugriff oder unrechtmäßigen Übertragungen durch Nicht-EU-Staaten geschützt bleiben. Wir müssen aber noch mehr für sensible Anwendungen tun. Daher werde ich, sollte ich bestätigt werden, dem Rat von Professor Draghi folgen und eine einheitliche **EU-weite Cloud-Politik** für öffentliche Verwaltungen und das öffentliche Auftragswesen vorschlagen. Wenn Cloud-Anbieter öffentlichen Verwaltungen ihre Dienste anbieten, müssen sie oft in den verschiedenen Mitgliedstaaten und sogar in den verschiedenen Abteilungen in derselben öffentlichen Verwaltung unterschiedliche Anforderungen erfüllen. Dies ist besonders für kleinere Anbieter belastend. Gleichzeitig ist es für die öffentlichen Verwaltungen schwierig, die Dienste zu ermitteln, die ihren Bedürfnissen in Bezug auf Sicherheit und Souveränität am besten entsprechen. Ich würde einen gemeinsamen EU-weiten Ansatz für Ausschreibungsspezifikationen, einen gemeinsamen Rahmen für die Datensicherheit und einen von der EU betreuten Marktplatz für sichere und innovative cloudbasierte Dienste vorschlagen. Solche Dienste könnten auch für sensible kommerzielle Zwecke attraktiv sein.

Ich begrüße das freiwillige **EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste**, da es zu mehr Transparenz bezüglich des Sicherheitsniveaus von Cloud-Diensten führen wird. Sobald es eingerichtet ist, wird damit das derzeitige Nebeneinander von Zertifizierungen angegangen und die finanziellen Hürden für Unternehmen, die sichere Cloud-Lösungen in der gesamten EU anbieten, gesenkt. Gleichzeitig sind mir neben den technischen Anforderungen auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen im aktuellen geopolitischen Kontext bewusst. Diese Herausforderungen würden während meiner Amtszeit bei der Arbeit an verschiedenen Cloud-Initiativen im Fokus stehen.

Darüber hinaus werde ich, sollte ich vom Europäischen Parlament bestätigt werden, in Kürze eine Konsultation von Interessenträgern bezüglich der **Strategie „KI anwenden“** einleiten (mehr dazu unter Frage 4), da wir auch die Nachfrageseite im privaten und öffentlichen Sektor betrachten müssen. Ergänzt wird dies durch die **Strategie für eine Europäische Datenunion**, die mit dem Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung zusammenhängt und die Erschließung des Datenpotenzials vorantreiben soll. Die Privatsphäre muss jederzeit geschützt werden und wir müssen sicherstellen, dass der Datenschutzrahmen der EU weiterhin mit dem digitalen Wandel im Einklang steht und den Erfordernissen des Handels und der Strafverfolgung gerecht wird, während der Datenschutz auf demselben hohen Niveau aufrechterhalten wird.

Als Teil der Anstrengungen, die Cybersicherheit unserer kritischsten Einrichtungen zu stärken, werden wir einen **Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern** zur Annahme innerhalb der ersten 100 Tage vorbereiten.

Ohne verbesserten Zugang zu sicheren, schnellen und zuverlässigen Netzen als Teil unserer umfassenderen Strategie für Connected Collaborative Computing wird es nicht möglich sein, unsere ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Wir müssen Anreize für Investitionen in digitale Infrastruktur schaffen und den Binnenmarkt vollenden. So kann Europa sich als Teil des sauberen industriellen Wandels an die Spitze der nächsten Generation intelligenter, digitaler und sicherer Infrastruktur, einschließlich 6G, setzen. Sollte ich bestätigt werden, würde ich daher einen **Rechtsakt über digitale Netze** zur Förderung von sicheren Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen ausarbeiten, sowohl von fest installierten als auch drahtlosen. Das Umfeld der digitalen Konnektivität verändert sich mit der Konvergenz der Telekommunikations-, Cloud- und Edge-Technologie, die durch Virtualisierung und KI vorangetrieben werden, rasant. Daher brauchen wir einen Rechtsrahmen, der Anreize für die Entwicklung einer integrierten Konnektivitäts- und Recheninfrastruktur bietet und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Anbieter ähnlicher Infrastrukturen und Dienste gewährleistet. Die neue Initiative würde unter Berücksichtigung der Rückmeldungen der Interessenträger zum Weißbuch der Kommission vom Februar 2024 über die Zukunft der elektronischen Kommunikation auf Grundlage der geplanten Überprüfung des bestehenden Rahmens sowie der

Berichte von Letta und Draghi ausgearbeitet werden. Mein Ziel wäre die Vollendung des Binnenmarktes für Konnektivität, für den eine Reform der Frequenzpolitik unter Achtung der geteilten Zuständigkeiten erforderlich ist.

All diese Initiativen können nur erfolgreich sein, wenn sie von Investitionen in das wertvollste Gut Europas – die Bürgerinnen und Bürger – gestützt werden. Wie in den politischen Leitlinien hervorgehoben, beabsichtigt die Kommission, ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung, Entwicklung und den Einsatz der Fähigkeiten zu legen, die wir heute und morgen benötigen, und zwar vorrangig auf diejenigen, die für den grünen und digitalen Wandel erforderlich sind. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge und den anderen Kommissionsmitgliedern, um dies voranzubringen, sollte ich durch das Parlament bestätigt werden.

4. Wie definieren Sie die technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der EU? Wie kann die EU diese erreichen? Welche Ziele und Indikatoren werden Sie in diesem Zusammenhang festlegen, um dafür zu sorgen, dass bis zum Ende Ihres Mandats erhebliche Fortschritte erzielt worden sein werden? Wie werden Sie die Stellung der Technologiebranche der EU sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich durch einen ganzheitlichen Ansatz stärken, und welche Sofortmaßnahmen werden Sie ergreifen, um die technologische Souveränität sicherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Plattformen zu fördern? Wie sehen Ihre Pläne in Bezug auf digitale Technologien und Spitzentechnologien wie KI, Hochleistungsrechnen, Quanteninformatik und -technologien, Halbleiter, Weltraumtechnologie und das Internet der Dinge aus? Welche Maßnahmen planen Sie, um eine sichere, vertrauenswürdige und auf den Menschen ausgerichtete Nutzung digitaler Technologien zu gewährleisten? Wie planen Sie, die wirksame Umsetzung des Chip-Gesetzes sicherzustellen und die Halbleiter-Lieferketten der EU zu stärken? Welche Pläne haben Sie für die Ausweitung des Chip-Gesetzes unter anderem in Bezug auf die Unterstützung strategischer Industriezweige und damit zusammenhängender Branchen sowie für den langfristigen Plan der EU für Quantenchips? Wie werden Sie die Koordinierung und Beteiligung der EU im Rahmen internationaler IKT-Normungsgremien verbessern und auf internationaler Ebene für die digitalen Normen und Standards der EU werben?

Die Verringerung unserer Abhängigkeit und die Förderung der Kapazitäten Europas im Bereich kritischer Technologien sind von zentraler Bedeutung für die Gewährleistung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit, die für das Wohlergehen und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist. Technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der EU ermöglichen es uns, in einem globalisierten Umfeld unabhängig zu handeln und gleichzeitig unsere Exposition gegenüber Akteuren zu verringern, die unsere europäischen Werte nicht achten. Wir sollten daher zusammen mit den Mitgliedstaaten mehr Mittel für die Forschung und Entwicklung bereitstellen, unsere Unterstützung für innovative Start-ups und KMU ausbauen (z. B. durch Wachstumsfinanzierung und flexible Beschaffung) und die Verwendung von EU-basierten Technologien fördern.

Sollte ich bestätigt werden, wird es mein Ziel sein, unsere technologische Abhängigkeit drastisch zu verringern. Auf der Grundlage der gründlichen Bewertung unserer kritischen Abhängigkeiten und technologischen Lücken, die bereits im vergangenen Jahr eingeleitet wurde, und der kritischen Lieferketten für strategische Vermögenswerte und Infrastrukturen der EU, die von der EU-Beobachtungsstelle für kritische Technologien unterstützt wird, würde ich Maßnahmen zur Schließung dieser Lücken vorschlagen. Ich würde sicherstellen, dass die Risikobewertungen kritischer Technologien, auch die bereits eingeleiteten zu hochmodernen Halbleitern, KI, Quanten- und Biotechnologien, Teil der Erwägungen zur wirtschaftlichen Sicherheit bleiben und zu konkreten Maßnahmen führen, die der Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Partnern Vorrang einräumen.

Unter dem Gesichtspunkt der Cybersicherheit heißt technologische Souveränität der EU, eine starke, zuverlässige europäische Cybersicherheits- und Cyberabwehrindustrie zu haben, die Sicherheitslösungen für unsere kritische digitale Infrastruktur bereitstellen kann. Dies bedeutet, kritische Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu vermeiden und unsere Exposition gegenüber Anbietern, die ein hohes Risiko für unsere Lieferkette darstellen, auf der Grundlage unionsweit vereinbarter Sicherheitsrisikobewertungen zu verringern, unter anderem indem wir gemeinsam mit den Mitgliedstaaten auf eine wirksame Umsetzung und Durchsetzung des 5G-Instrumentariums hinarbeiten. Dies bedeutet auch, dass all unsere im Internet der Dinge vernetzten Geräte zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens keine bekannten Schwachstellen aufweisen dürfen und für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher sicher sein müssen. Nun verfügen wir über einen soliden und umfassenden Cybersicherheitsrahmen, um dies zu erreichen.

Die technologische Souveränität der EU umfasst den gesamten Entwicklungszyklus von Technologien von der Grundlagenforschung bis zur Kommerzialisierung durch die Industrie, die Entwicklung von Schlüsseltechnologien

mit eigener Forschung und Entwicklung, Entwicklungs- und Einsatzkapazitäten sowie den Zugang zu wichtigen Rohstoffen und deren Recycling. Sollte ich bestätigt werden, werde ich insbesondere mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten für Wohlstand und Industriestrategie zusammenarbeiten, um die Versorgung mit wichtigen Gütern zu sichern.

Sowohl die Ziele der digitalen Dekade der EU bis 2030 (insbesondere in Bezug auf die „digitale Souveränität“) als auch die Ziele in Bezug auf die Gigabit-Netzanbindung, die Produktion von Halbleitern, die Anzahl der Randknoten, die Akzeptanz von KI- und Cloud-Diensten, die Anzahl der IKT-Fachkräfte oder die Digitalisierung des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung tragen bereits zur Verwirklichung der technologischen Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der EU bei. Die Überwachung der Fortschritte wird in den Berichten über den Stand der digitalen Dekade für 2025 und 2026 dargelegt und mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten erörtert werden. Die Überprüfung der bis spätestens 30. Juni 2026 fälligen Zielsetzungen für die digitale Dekade wird Gelegenheit bieten, die Zielvorgaben und zentralen Leistungsindikatoren zu vervollständigen oder zu überarbeiten, damit sie auch die erreichte Technologiesouveränität der EU berücksichtigen.

Wir müssen unsere Kapazitäten in einer Reihe von Spitzentechnologien wie KI, hochmodernen Halbleitern, Quantentechnologie, Hochleistungsrechnen, Cloud- und Edge-Computing, Weltraumtechnologie, Cybersicherheit, Internet der Dinge und Genomik stärken.

KI kann der Treiber unserer zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit sein. Sollte ich vom Parlament bestätigt werden, werde ich die **Strategie „KI anwenden“** verfolgen, die auf die rasche Einführung neuer KI-Lösungen in unseren führenden Industriesektoren und öffentlichen Verwaltungen ausgerichtet sein soll. So würden KI-gesteuerte Innovationen gefördert und die Entwicklung von KI-Modellen und deren Einsatz in den europäischen Industriesektoren wie Gesundheit, Energie, Robotik und Fertigung, Raumfahrt und Verteidigung sowie in öffentlichen Sektor unterstützt.

Gleichzeitig würde ich mit der **Initiative für KI-Fabriken** Investitionen in erstklassige Hochleistungsrechenkapazitäten fördern. Im Rahmen dieser Initiative möchte ich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere KI-Start-ups und KMU sowie das weiter gefasste Ökosystem große europäische KI-Modelle entwickeln können. Die KI-Fabriken würden auf unserem bestehenden, weltweit führenden Netzwerk von Supercomputern aufbauen. Innerhalb der ersten 100 Tage des Mandats der Kommission wäre es mein Ziel, den Startschuss für mindestens fünf KI-Fabriken in Europa zu geben und diese Bemühungen zur Gründung neuer KI-Fabriken während meiner gesamten Amtszeit fortzusetzen. Schließlich würde ich mit dem für Start-Ups, Forschung und Innovation zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten, um den **Europäischen KI-Forschungsrat** als wichtigen Bestandteil der umfassenderen KI-Strategie einzurichten.

Ebenso sind im Bereich **Halbleiter** ehrgeizige Investitionen erforderlich. Um weniger von externen Akteuren abhängig zu sein, müssen wir Fabriken bauen und in Europa produzieren. Dank des Europäischen Chip-Gesetzes wurden bereits Projekte im Wert von rund 80 Mrd. EUR vorgeschlagen, die in ganz Europa jeweils die ersten ihrer Art sind. Es handelt sich um Projekte, die eine Reihe von Bedingungen hinsichtlich der Versorgungssicherheit erfüllen und positive Spillover-Effekte für die gesamte EU haben. Europa muss jedoch seine Anstrengungen verstärken, um sein Ziel eines Marktanteils von 20 % zu erreichen und sich damit im Sektor der fortschrittlichen Halbleitertechnologien zu positionieren. Mein Ziel ist es, unsere Unternehmen dabei zu unterstützen, die Lücke zwischen Forschungslabor und Fabrik zu schließen, indem wir in fortschrittliche Pilotproduktionsanlagen investieren und die Akteure aus Forschung und Industrie entlang der gesamten Lieferkette – von Rohstoffen über Ausrüstung bis hin zu Produktion und Verpackung – zusammenbringen. Ich werde außerdem eine cloudbasierte Entwurfsplattform einführen, um sicherzustellen, dass unsere Start-ups über alle notwendigen Werkzeuge verfügen, um innovative Chips zu entwerfen. Schließlich wird eine starke und ausgewogene internationale Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung sein, um Anreize für weitere Investitionen zu geben und unsere Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Ich möchte eine wirksame Umsetzung des Chip-Gesetzes sicherstellen, um die Entwicklung von Halbleiterverarbeitungskapazitäten und Pilotanlagen in der EU zu unterstützen, die den spezifischen Anforderungen strategischer Sektoren, einschließlich der Weltraum-Leitinitiativen der EU und der Weltraum- und Verteidigungsindustrie der EU, entsprechen.

Die **Quantentechnologie** hat eine Reife erreicht, die eine praktische Anwendung in der Datenverarbeitung, in der Sensortechnologie und in der sicheren Kommunikation mit Anwendungen von medizinischer Diagnostik über unhackbare Kommunikationsnetzwerke bis hin zum schnellen Training großer KI-Modelle oder hochempfindlicher Sensorgeräte ermöglicht. Dies ist von strategischer Bedeutung für die Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigungskapazität der EU. Sollte ich bestätigt werden, werde ich gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und den wichtigsten Akteuren der Industrie darauf hinarbeiten, die Entwicklung des

Quantenökosystems der EU zu beschleunigen und Anreize für Investitionen in die Industrialisierung der Quantentechnologien zu schaffen. Zu diesem Zweck würde ich im Bereich Quantenchips ansetzen – einer entscheidenden Komponente der Quantentechnologien und des schnell wachsenden Quantenmarkts – und einen **langfristigen Plan der EU für Quantenchips** vorlegen.

Sollte ich bestätigt werden, wird auch die Netzanbindung in Europa zu meinen Prioritäten gehören. Sie steht im Mittelpunkt unserer Wettbewerbsfähigkeit und ist Grundvoraussetzung für die genannten Technologien. Netzanbindung ermöglicht es uns, Daten sinnvoll zu nutzen, z. B. um KI-Modelle zu trainieren. In diesem Zusammenhang werde ich mich dafür einsetzen, dass das Internet der Dinge in großem Umfang als wesentliches Instrument genutzt wird, um die Industrie und die Mobilität in Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Ich werde ferner sicherstellen, dass das Internet der Dinge zum Wohle der Umwelt eingesetzt wird, insbesondere für die Ressourceneffizienz in Bereichen wie Wasserverteilung und Präzisionslandwirtschaft. Um das Potenzial des Internets der Dinge auszuschöpfen, muss die 6G-Technologie in der EU genutzt werden.

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen im Allgemeinen und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Besonderen zeigen, dass Europa in Sachen Netzanbindung autonom sein muss. Sollte ich bestätigt werden, werde ich mich dafür einsetzen, die strategische Autonomie Europas im Weltraum zu stärken, auch in Bezug auf kritische Lieferanten im Zusammenhang mit der Sicherheit, Integrität und Widerstandsfähigkeit der IRIS²-Satellitendienste, die für die sichere staatliche Kommunikation der Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung sind. IRIS² wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie mit der Entwicklung modernster Satellitentechnologien unterstützen, von denen der gesamte Sektor profitieren wird, insbesondere KMU. So kann Europa seine Führungsrolle in der Weltraumbranche behaupten.

Über Investitionen hinaus ist eine kohärente und komplementäre Umsetzung unserer bestehenden Vorschriften von entscheidender Bedeutung, um neue Möglichkeiten zu eröffnen. In Zusammenarbeit mit anderen Kommissionsmitgliedern möchte ich die Einhaltung unseres Regelwerks für Digitales erleichtern und dabei den Auswirkungen auf Start-ups und expandierende Unternehmen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Technologien zu entwickeln, die die menschlichen Fähigkeiten stärken und verbessern und europäische Werte verwirklichen, ist unser Ziel. Dies kann ein Wettbewerbsvorteil für digitale Produkte und Dienstleistungen „Made in EU“ sein. Wir müssen in sichere, vertrauenswürdige und auf den Menschen ausgerichtete Technologien investieren, die die europäischen Werte widerspiegeln und das europäische Gesellschaftsmodell sowie die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger schützen. Da sich die Technologien sehr schnell weiterentwickeln, ist es von entscheidender Bedeutung, einen starken Fokus darauf zu legen, dass sie auf den Menschen ausgerichtet sind. Neben Nachhaltigkeit und Resilienz sollte dies im Mittelpunkt unserer digitalen Innovationen und der von uns eingeführten Regelungen stehen.

Ich würde in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern und in enger Zusammenarbeit mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten für Wohlstand und Industriestrategie einen strategischen Ansatz für die internationale Normung fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, strategische Autonomie und unsere Fähigkeit zur Förderung der europäischen Werte zu gewährleisten. Ich würde dies auf bilateraler Ebene über digitale Partnerschaften und auf multilateraler Ebene über die G7, die G20 und internationale Organisationen wie die OECD und die Vereinten Nationen voranbringen. Ich würde aktiv mit gleich gesinnten Partnern zusammenarbeiten, um sowohl digitale Normen der EU als auch internationale digitale Normen, die unsere gemeinsamen Werte und Interessen (z. B. Privatsphäre, Datenschutz oder Menschenrechte) achten, international zu fördern.

Ich würde versuchen, Investitionen in grenzüberschreitende Projekte und Technologien zu beschleunigen, um die Interoperabilität zwischen den Mitgliedstaaten für digitale öffentliche Dienste zu stärken und ihren nahtlosen und sicheren Betrieb zu gewährleisten. Wir würden Instrumente wie regulatorische „Sandkästen“ und Mehrländerprojekte nutzen, um innovative Lösungen in Europa zu entwickeln, einzuführen und zu erproben und die öffentlichen Verwaltungen für das digitale Zeitalter zu rüsten.

Ich würde mit anderen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, um Anreize für ausländische Investitionen und ein geeignetes Regelungsumfeld zu schaffen, der Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte und technischen Fachwissens Vorrang einzuräumen, den Zugang zu privatem Kapital zu verbessern und Innovationen zu fördern.

Abschließend möchte ich betonen, dass zum Erreichen von technologischer Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsame Bemühungen mit den Mitgliedstaaten erforderlich sind. Die Koordinierung auf

EU-Ebene, die Bündelung von Ressourcen, umfangreiche Investitionen und der gemeinsame Wille, voranzukommen, sind von entscheidender Bedeutung.

5. Welche Pläne haben Sie in Bezug auf die digitale Infrastruktur und den Zugang zu einer hochwertigen Netzanbindung in allen geografischen Gebieten? Wie wollen Sie die Vorschläge aus dem Weißbuch über den Bedarf an digitaler Infrastruktur in Europa umsetzen? Wie beurteilen Sie die Empfehlungen aus dem Weißbuch und dem Draghi-Bericht zu Netzentgelten? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Gigabit-Anbindung zu verbessern, die 5G-Netze weiter auszubauen, eine vollständige Umstellung von Kupferkabel- auf Glasfasernetze bis 2030 sicherzustellen und Anreize für Investitionen in die Netzentwicklung aus der Privatwirtschaft zu schaffen? Wie planen Sie, die energiebezogenen Aspekte der digitalen Infrastruktur anzugehen? Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um die Cyberresilienz und -sicherheit in allen Bereichen in der gesamten EU zu stärken? Wie werden Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion verbessern?

Bei der Verfügbarkeit von Fest- und Drahtlosnetzen mit sehr hoher Kapazität liegen wir hinter unseren Wettbewerbern zurück. Um dies zu beheben, sind koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene nötig, auch in Bezug auf Investitionen. Eine besondere Herausforderung stellt sich in Bezug auf die „eigenständige“ 5G-Netzarchitektur, die für industrielle Anwendungen unentbehrlich ist. Zudem besteht nach wie vor eine erhebliche digitale Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten in der EU. Um die Konnektivitätsziele der digitalen Dekade bis 2030 zu erreichen und die Netze zu entwickeln, die für die digitalen Dienste von morgen erforderlich sind, brauchen wir mehr Investitionen. Sollte mich das Europäische Parlament bestätigen, ist meine Aufgabe klar: Ich werde mein Möglichstes tun, damit die EU die Konnektivitätsziele für 2030 erreicht, und eine sichere, schnelle und zuverlässige Netzanbindung gewährleisten, die das Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft bildet.

Sollte ich bestätigt werden, wird eine meiner wichtigsten Prioritäten in der Ausarbeitung eines Rechtsakts über digitale Netze bestehen, der dazu beitragen soll, sowohl feste als auch drahtlose sichere Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze zu fördern und damit die Wettbewerbsfähigkeit sowie erschwingliche hochwertige Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen. Damit würden die technologischen Trends und Sicherheitsaspekte weiterverfolgt, die im Weißbuch der Kommission „Wie kann der Bedarf an digitaler Infrastruktur in Europa gedeckt werden?“ beschrieben sind. Wenn sich alle politischen Entscheidungen auf eine solide Folgenabschätzung stützen, dürfte der künftige Rechtsakt den Verwaltungsaufwand für die Betreiber verringern und Anreize für Investitionen in die Infrastruktur und für neue Geschäftstätigkeiten, z. B. im Edge-Computing, schaffen. Auch die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen vertreten und die individuellen Situationen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Ausgehend von den Empfehlungen des Draghi-Berichts würde ich aktiv erörtern, wie der Binnenmarkt für elektronische Kommunikation vollendet werden kann. Ich würde für die Netze der nächsten Generation nach Lösungen für eine stärker integrierte Frequenzverwaltung auf Unionsebene suchen. Die Verzögerungen bei den 5G-Auktionen haben sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas ausgewirkt, und wir müssen verhindern, dass sich so etwas wiederholt. Die Zahl der Akteure in der Netzwirtschaft nimmt zu und es läuft eine lebhaft Debatten. Diese Debatte sollte sich nicht nur auf eine Diskussion über Netzentgelte beschränken. Vielmehr sollte es darum gehen, wie verschiedene Akteure auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen zu einem lebendigen und innovativen Kommunikationsökosystem beitragen. Hierzu gab es interessante Vorschläge, zu denen auch der Ansatz zählt, der im Draghi-Bericht und im Weißbuch über den Bedarf an digitaler Infrastruktur vorgeschlagen wurde. Außerdem hat die öffentliche Konsultation im Anschluss an die Veröffentlichung des Weißbuchs zu einer Flut von Beiträgen geführt, die ich aufmerksam prüfen werde, und ich werde dabei mit allen Interessenträgern zusammenarbeiten. Meine Leitprinzipien bei der Erarbeitung von Vorschlägen werden der Schutz der Interessen der EU-Bürgerinnen und -Bürger und die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen sein.

Darüber hinaus müssen wir die Außerbetriebnahme des Kupferkabelnetzes voranbringen. Dies wäre ein Anreiz für den Glasfaserausbau und würde sicherstellen, dass mehr Ressourcen für den 5G-Ausbau zur Verfügung stehen. Dieses Vorhaben stünde mit den Zielen der digitalen Dekade für 2030 im Einklang, insbesondere mit der Gigabit-Netzanbindung für alle, und würde den langfristigen Nachhaltigkeitszielen entsprechen, da Glasfaser weniger energieintensiv ist und die Einführung effizienterer und umweltfreundlicherer Dienste ermöglicht. Es müssen jedoch Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass schutzbedürftige Endnutzerinnen und Endnutzer weiterhin Netzzugang haben.

Ich würde zudem mit besonderer Aufmerksamkeit Möglichkeiten prüfen wollen, wie Anreize für die Forschung zu digitalen Infrastrukturlösungen mit niedrigem Energieverbrauch, unter anderem für die Kühlung, zu energieeffizienten Prozessoren und nachhaltiger Netzinfrastruktur, geschaffen werden können. Um den IKT-Sektor energieeffizienter zu gestalten, können insbesondere KI-Lösungen nützlich sein. Im Jahr 2022 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Digitalisierung des Energiesystems angenommen, dessen Umsetzung in vollem Gange ist und der bereits erhebliche Erfolge erzielt hat. So hat die Kommission beispielsweise eine Regelung zur Offenlegung des Energie- und Wasserverbrauchs von Rechenzentren eingeführt. Sollte ich bestätigt werden, würde ich das für Energie und Wohnungswesen zuständige Kommissionsmitglied bei der Einrichtung eines Bewertungs- und Kennzeichnungssystems für Rechenzentren sowie bei der Einführung von Mindesteffizienzstandards für neue Rechenzentren unterstützen. Wir würden außerdem gemeinsam an einer besseren Integration von Rechenzentren in das Energiesystem arbeiten, wobei der Schwerpunkt auf der Wiederverwendung von Abwärme und der Bereitstellung von Flexibilitätsdiensten für das Stromnetz läge.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich zudem auf die Erstellung eines Verhaltenskodex für die Nachhaltigkeit von Telekommunikationsnetzen hinarbeiten und meine Kolleginnen und Kollegen bei der Entwicklung eines Systems für die Energieverbrauchskennzeichnung von Computern sowie bei der Überarbeitung der Ökodesign-Anforderungen für Computer und Server unterstützen.

In Bezug auf die **Cybersicherheit**, die das Kernstück eines breiteren Sicherheitsportfolios ist, würde ich eine gesamtgesellschaftliche Agenda für eine konzeptionsintegrierte Cybersicherheit fördern. Dabei würde ich mich auf die innovations- und unternehmensfreundliche Um- und Durchsetzung der neuen Rechtsakte für die Cybersicherheit kritischer Einrichtungen (NIS2) und für die Produktsicherheit (Cyberresilienzverordnung) konzentrieren. Ich würde mit den Behörden und der Industrie zusammenarbeiten, um den Cybersicherheitsreifeegrad zu erhöhen, und in die Stärkung der Fähigkeiten zur Aufdeckung und Reaktion investieren. Gegen Cyberkriminelle und Ransomware-Banden müssen wir abgestimmte und entschlossene Maßnahmen ergreifen.

Die **Cyberresilienzverordnung** wird ein Wendepunkt für die Cybersicherheit auf globaler Ebene sein und die Schwachstellen vernetzter Produkte, die von böswilligen Akteuren für Spionage-, Präpositionierungs- und Störungszwecke ausgenutzt werden, erheblich verringern. Ich würde unsere kritischen Einrichtungen und unsere Vision der Produktsicherheit in Europa und darüber hinaus weiter voranbringen und daran arbeiten, dass wir bei **Cybersicherheitsnormen** eine weltweite Führungsrolle einnehmen.

Sollte mich das Parlament bestätigen, wird eines meiner Ziele darin bestehen, die wichtigsten europäischen Cybersicherheitsinfrastrukturen und -kapazitäten zu vereinfachen und auszubauen, um die Lageerfassungs- und Reaktionskapazitäten zu verbessern. Dabei würde ich den Schwerpunkt stark auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck und die zivil-militärische Zusammenarbeit sowie insbesondere auf Sicherheitsprobleme in unseren Lieferketten legen und dazu zunächst einen geeigneten Zertifizierungsrahmen erarbeiten. Wir müssen sicherstellen, dass sich der Verteidigungssektor zügig der raschen technologischen Entwicklung im Cyberraum widmet und sich dabei auf den Technologiefahrplan für kritische Cybertechnologien stützt, der derzeit entwickelt wird. Da mir bewusst ist, dass die meisten Innovationen im Bereich der Cybersicherheit in der EU von Start-ups und kleinen Unternehmen ausgehen, möchte ich mit meiner Arbeit ein Umfeld schaffen, in dem Unternehmen und Innovatoren dringend benötigte Cyberabwehrinstrumente entwickeln und vermarkten können. Ich würde zudem einen integrierten Innovationspfad für europäische Cyber-Start-ups entwickeln, um deren Entwicklung zu unterstützen und ein dynamisches und wegweisendes zivil-militärisches Cyberökosystem zu fördern.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich die Bemühungen um die Modernisierung bestehender und die Schaffung neuer sicherer transeuropäischer Netze zur Verbindung der Mitgliedstaaten, der Agenturen und Einrichtungen der europäischen Organe und anderer Interessenträger fortsetzen und so für den europäischen öffentlichen Sektor die Interoperabilität und Cyberresilienz bei digitalen grenzüberschreitenden Interaktionen erhöhen.

Für die Aufdeckung von Operationen und Bedrohungen würde ich auf dem zivilen Cybersicherheitswarnsystem aufbauen, das im Rahmen der Cybersolidaritätsverordnung entwickelt werden soll. Mit der KI-gestützten EU-Infrastruktur für Cyber-Hubs können wir die Fähigkeit Europas verbessern, erste Anzeichen für Angriffe zu erkennen, um die Abwehrbereitschaft unserer zivilen oder militärischen kritischen Infrastrukturen zu verbessern. Dies sollte parallel zur Arbeit des für Verteidigung und Weltraum zuständigen Kommissionsmitglieds und der Mitgliedstaaten zur Cyberabwehr verfolgt werden.

99 % des interkontinentalen Datenverkehrs werden über Unterwasserkabelinfrastrukturen abgewickelt, die für die Sicherheit und die weltweite Wettbewerbsfähigkeit Europas von entscheidender Bedeutung sind. Ich würde mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um Risiken und mögliche Risikominderungsmaßnahmen, einschließlich Normen, zu ermitteln und den Ausbau von Unterwasserkabeln weiterhin zu unterstützen.

Für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und die Bereitschaft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa sind verstärkte Investitionen in unsere industrielle Basis, Forschung und Entwicklung sowie mehr Zusammenarbeit und langfristiges Engagement erforderlich. Wie in der Europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich hervorgehoben wurde, haben wir jahrzehntelang zu wenig in unsere Verteidigungsindustrie investiert. Mehr als die Hälfte unserer Beschaffungen im Verteidigungsbereich stammen von Lieferanten aus Drittländern, und der Handel innerhalb der EU hat im Vergleich zum erheblichen Wachstum des EU-Verteidigungsmarktes nur geringfügig zugenommen. In der Europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich und im Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie, die den Europäischen Verteidigungsfonds ergänzen, wird eine Reihe von Anreizen vorgeschlagen, um diese Trends umzukehren und auf die Verwirklichung eines echten Binnenmarkts für Verteidigung hinzuwirken. Diese Maßnahmen ebnen den Weg in die Europäische Verteidigungsunion. Die Mitgliedstaaten müssen stärker zusammenarbeiten und – ebenfalls gemeinsam – mehr in die europäische Industrie investieren. Darüber hinaus müssen wir die verbleibenden Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ermitteln, womit sowohl der Wettbewerbsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis des europäischen Verteidigungsbereichs als auch den Bedürfnissen der Streitkräfte der Mitgliedstaaten gedient sein wird.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich gemeinsam mit der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik sowie mit dem für Verteidigung und Weltraum zuständigen Kommissionsmitglied die Arbeiten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Verteidigungsindustrie im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion leiten.

Fragen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

6. Künstliche Intelligenz, EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung

Was werden die wichtigsten Grundsätze und Ziele des angekündigten Vorschlags für einen neuen „EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung“ sein, und wie gedenkt die Kommission, diese Ziele zu erreichen? Wie wird die Kommission das strategische Ziel der Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Bereich KI mit der Notwendigkeit in Einklang bringen, die Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit von KI zum Nutzen von Verbrauchern und Unternehmen zu gewährleisten? Wie wollen Sie die harmonisierte Anwendung der digitalen Normen und Standards der EU im Binnenmarkt und auf internationaler Ebene fördern und die weltweite Führungsrolle der EU bei der E-Governance sicherstellen?

Lediglich 8 % der EU-Unternehmen nutzen derzeit KI und nur 33 % die Cloud, und die Fläche der Rechenzentren in Europa beträgt ein Drittel der Rechenzentren in den Vereinigten Staaten. Dies bedeutet eine enorme Produktivitätslücke für die EU, da unsere Industrie für Innovationen – insbesondere zur KI – Rechenleistung benötigt. Sobald KI-Modelle (mithilfe von Supercomputern) trainiert sind, ist die herkömmliche Cloud-Infrastruktur von zentraler Bedeutung, um sie an spezifische Anwendungsfälle anzupassen. Der europäische Cloud-Markt wird jedoch von einer Handvoll Hyperskalierern dominiert, die oft im Ausland angesiedelt sind und bei denen es sich dank ihrer massiven Infrastruktur und dominanten KI-Softwaretools zudem um wichtige Akteure auf dem aufstrebenden KI-Markt handelt.

Um diese industrielle Herausforderung zu bewältigen, werde ich, sofern ich bestätigt werde, auf der Grundlage einer umfassenden Folgenabschätzung unter Einbeziehung aller relevanten Interessenträger einen **Rechtsakt zur KI- und Cloud-Entwicklung** ausarbeiten. Dieser sollte Teil einer umfassenderen Strategie sein. Zusammen mit der **Initiative für KI-Fabriken**, würde er für die dringend benötigte Rechenleistung für Europas KI-Innovatoren sorgen. Die anderen Bestandteile der Strategie wären die **Strategie „KI anwenden“**, um den KI-gestützten Wandel der europäischen Industriezweige und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu beschleunigen, und der **Rechtsakt über digitale Netze**, um modernste Lösungen für die digitale Konnektivität optimal in das Gesamtsystem zu integrieren.

Der Rechtsakt zur KI- und Cloud-Entwicklung sollte meines Erachtens ebenso ehrgeizig sein wie das EU-Chip-Gesetz. So wie Forschung und Innovation, Investitionen in Fertigungsanlagen in Europa und die Sicherheit der Versorgung mit Chips Themen des Chip-Gesetz waren, sollte im Rechtsakt zur KI- und Cloud-Entwicklung

behandelt werden, wie ein dynamisches Ökosystem von KI-Trainingsmodellen unterstützt werden kann und wie in ganz Europa Anreize für Investitionen in die Computerinfrastruktur und Datenspeicherung geschaffen werden können, die allen Start-ups, KMU und anderen industriellen Akteuren zur Verfügung stehen sollten.

Zuallererst soll mit dem **Rechtsakt zur KI- und Cloud-Entwicklung** die Entwicklung energieeffizienter Rechenarchitekturen und bahnbrechender Lösungen zur Minimierung der Nutzung natürlicher Ressourcen gefördert werden. Nachhaltige Technologien für die Cloud und für Rechenzentren sind ein Muss für Europa und können potenziell zu Wettbewerbsvorteilen führen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich außerdem den Einsatz kollaborativer KI-Trainingsmodelle fördern und wichtige Interessenträger in strategischen Industriesektoren einbinden, insbesondere in der vorwettbewerblichen Phase. Es sollten noch viel mehr europäische Akteure in den Markt eintreten.

Zweitens sollten gemäß dem Rechtsakt umfangreiche Investitionen in solche Cloud- und KI-Einrichtungen Vorrang haben, die als „neuartig“ gelten, beispielsweise in Bezug auf Nachhaltigkeit und innovative Formen des Cloud-Computing wie die Telco-Edge-Cloud. Es ist darüber hinaus wichtig, die Cloud als ein echtes Infrastrukturkontinuum zu betrachten, bei dem zentralisierte traditionelle Cloud-Infrastrukturen mit unserem Netzwerk von Supercomputern verbunden sind und durch verteilte Edge-Knoten und Telekommunikationsinfrastrukturen ergänzt werden.

Drittens müssen wir uns mit der Versorgungssicherheit und der Cybersicherheit von Cloud-Diensten befassen. Wir alle zusammen vertrauen einen Großteil unserer Daten der Cloud an. Anwendungen, die auf Cloud-Infrastrukturen laufen, sind häufig ein Zugangspunkt zu den IT-Systemen und Daten von Unternehmen. Deshalb werde ich, sofern ich bestätigt werde, dafür sorgen, dass die in Europa angebotenen Cloud-Dienste ein hohes Maß an Cybersicherheit aufweisen. Unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen sollten darauf vertrauen können, dass ihre Daten in der Cloud sicher sind.

KI-gestützte Innovationen sowie Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit von KI miteinander in Einklang zu bringen, ist kein Widerspruch: Vertrauen in die KI und Exzellenz im KI-Bereich sind zwei Seiten derselben Medaille. Mit der KI-Verordnung werden Schutzvorkehrungen eingeführt, mit denen sichergestellt werden soll, dass die KI in Europa auf den Menschen ausgerichtet, vertrauenswürdig und sicher ist. Gleichzeitig werden mit der Verordnung ein gezielter risikobasierter Ansatz verfolgt und ein klares Regelwerk für alle Mitgliedstaaten geschaffen. Durch Ausnahmen für die Forschung und Unterstützungsinstrumente wie Reallabore lässt sie Raum für Innovationen im Bereich der KI. Damit diese beiden Ziele der KI-Verordnung erreicht werden können, würde ich ihrer zügigen und zuverlässigen Umsetzung Vorrang einräumen.

Die EU ist gut positioniert, um bei der weltweiten E-Governance eine Führungsrolle zu übernehmen, da wir das weltweit erste umfassende Regelwerk verabschiedet haben, nicht nur in Bezug auf KI, sondern auch zu digitalen Diensten und Plattformen. Wenn ich bestätigt werde, beabsichtige ich, den Ansatz der EU für eine auf den Menschen ausgerichtete und vertrauenswürdige KI weiterhin aktiv zu fördern und mich in globalen Foren und bilateralen Partnerschaften mit wichtigen internationalen Partnern für eine verantwortungsvolle Steuerung der KI einzusetzen. Ich bin der Auffassung, dass die EU bei der weltweiten E-Governance auf der Grundlage unserer auf den Menschen ausgerichteten Vision und unserer gemeinsamen europäischen Werte, auf denen unsere Vorschriften beruhen, weiterhin eine führende Rolle spielen und weltweit für unsere Vorschriften werben sollte.

Um in dieser Hinsicht Ergebnisse zu erzielen, würde ich versuchen, die Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten innerhalb der Vereinten Nationen, im Rahmen des Internet Governance Forums sowie in anderen einschlägigen internationalen Foren und technischen Organisationen wie der Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und -Adressen weiter zu verbessern.

Schließlich haben wir keine Zeit zu verlieren, wenn es darum geht, Normen festzulegen. Europäische und nichteuropäische Unternehmen, die nach den neuen Rechtsvorschriften der KI-Verordnung im Binnenmarkt tätig sein werden, benötigen technische Normen. Ich würde sorgfältig prüfen, wie die Kommission für diese Normen sorgen kann, vorzugsweise im Rahmen des bestehenden Normungssystems. Ich bin außerdem davon überzeugt, dass, sobald wir über technische Normen zur Unterstützung der KI-Verordnung verfügen, dies die E-Governance weltweit prägen wird.

7. Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte und negative Auswirkungen von Online-Plattformen

Welche Prioritäten haben Sie bei der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und des Gesetzes über digitale Märkte? Wie werden Sie Mechanismen für eine wirksame, transparente und rasche Durchsetzung gewährleisten? Wie wird die Kommission der Forderung nach einer Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands nachkommen? Wird die Kommission in der Lage sein, ausreichende Ressourcen für die Durchsetzung bereitzustellen? Wie wollen Sie schädliche Online-Praktiken wie Dark Patterns oder suchterzeugende Gestaltung bekämpfen, die sich auf die Nutzer und insbesondere auf Kinder und Minderjährige sowie auf deren psychische Gesundheit auswirken? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Cybermobbing zu bekämpfen?

Das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte sind leistungsstarke neue Instrumente für die Plattformregulierung. Nach dem ersten Jahr ihrer Durchsetzung bin ich der Ansicht, dass sie ziemlich reibungslos funktionieren, die Arbeit an den erforderlichen sekundären Rechtsvorschriften gut vorankommt, die Teams bereitstehen und mehrere Untersuchungen laufen oder bereits zu Entscheidungen geführt haben, die sich auf die Art des Betriebs von Online-Plattformen in der EU auswirken. Sollte ich bestätigt werden, möchte ich darauf aufbauen und sicherstellen, dass sich die Kommission in diesem Bereich zu einer erstrangigen Regulierungsbehörde entwickelt, die aufmerksam zuhört und im Einklang mit unseren Vorschriften, unter vollständiger Wahrung des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und in einer für alle Interessenträger transparenten Weise zügig handelt.

Bei der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste würde ich mich auf vier Bereiche konzentrieren: 1) den Schutz Minderjähriger im Internet, 2) den elektronischen Handel (E-Commerce) und nicht konforme Waren auf Online-Marktplätzen, 3) illegale Online-Inhalte, einschließlich der algorithmischen Verstärkung solcher Inhalte und 4) die umfassendere Frage der Informationsintegrität im Zusammenhang mit Wahlen, um Synergien mit dem neuen Schutzschild für die Demokratie zu gewährleisten.

Beim Gesetz über digitale Märkte, mit dem gleiche Wettbewerbsbedingungen und ein fairer Wettbewerb sichergestellt werden sollen, würde ich drei wichtigen Dimensionen Vorrang einräumen und eng mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für einen Sauberen, Fairen und Wettbewerbsfähigen Wandel zusammenarbeiten, 1) um geschlossene Ökosysteme zu öffnen, sei es bei Betriebssystemen, Webbrowsern oder Online-Marktplätzen, 2) um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Wahl zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in einer Umgebung, in der sie das Gefühl haben, dass große Digitalunternehmen über viel Macht verfügen, die Kontrolle zurückzugewinnen, und 3) um sicherzustellen, dass die Daten denen gehören, die sie erzeugen, und nicht denen, die aus ihnen den größten Nutzen ziehen können.

Im Falle meiner Bestätigung wäre mein Ansatz zur Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und des Gesetzes über digitale Märkte streng, evidenzbasiert und entschlossen. Ich würde alle Durchsetzungsbefugnisse nutzen, die der Kommission von den Mitgesetzgebern übertragen wurden. Wenn ein Verstoß eine unmittelbare Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger darstellt, würde ich nicht davor zurückschrecken, energische Maßnahmen zu ergreifen. Ich würde zudem auch mit der Zivilgesellschaft, Forschern und Hinweisgebern zusammenarbeiten. Es hat sich gezeigt, dass in einigen Fällen ein ernsthafter Dialog zwischen regulierten Unternehmen und Durchsetzungsbehörden zu schnellen und wirksamen Ergebnissen führen kann. Online-Plattformen müssen den EU-Rechtsvorschriften folgen, ohne Verzögerungstaktiken anzuwenden. Im Falle meiner Bestätigung, werde ich mich zu einem offenen und systematischen Dialog mit dem Europäischen Parlament verpflichten, insbesondere über die etablierten Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und des Gesetzes über digitale Märkte sowie über die zuständigen Ausschüsse.

Damit die Kommission eine wirksame und glaubwürdige Regulierungsbehörde sein kann, würde ich mich bemühen sicherzustellen, dass dafür unter Rückgriff auf die nach dem Gesetz über digitale Dienste erhobenen Gebühren ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Wenn mich das Europäische Parlament bestätigt, werde ich in enger Abstimmung mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern in Bezug auf Dark Patterns, suchterzeugende Gestaltung und andere negative Auswirkungen, die soziale Medien insbesondere auf Minderjährige haben, tätig werden. Das Gesetz über digitale Dienste ist ein leistungsstarkes Rechtsinstrument, das diese Probleme für die in seinen Anwendungsbereich fallenden Wirtschaftsteilnehmer jetzt und hier lösen soll. Der jüngste Durchsetzungserfolg gegenüber TikTok Lite wegen seiner mutmaßlich suchterzeugenden Gestaltung ist ein gutes Beispiel dafür, was das Gesetz über digitale Dienste in Rekordzeit für die gesamte EU leisten kann. Die EU, Unternehmen und Experten müssen

zusammenarbeiten, um dafür zu sorgen, dass Social-Media-Unternehmen einen Ansatz verfolgen, bei dem Sicherheit an erster Stelle steht und der allen Nutzerinnen und Nutzern einen sicheren Umgang mit dem Internet ermöglicht. Die kürzlich eingeleiteten Ermittlungen gegen TikTok, X, Facebook und Instagram in Bezug auf suchterzeugende Gestaltung, Dark Patterns und den Schutz Minderjähriger müssen energisch weiterverfolgt werden, um echte und rasche Veränderungen herbeizuführen; die Erkenntnisse daraus sollten zudem in die künftige Arbeit zu den Auswirkungen sozialer Medien auf Minderjährige einfließen. Gibt es bei anderen benannten Diensten Hinweise auf einen systemischen Schaden, sollte die Kommission entschlossene Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen. Ich würde auch mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied an einem Rechtsakt über digitale Fairness arbeiten, um sicherzustellen, dass Praktiken wie Dark Patterns, suchterzeugende Gestaltung und Online-Profiling angemessen angegangen werden.

Der Schutz Minderjähriger hat für mich oberste Priorität. Sollte ich bestätigt werden, würde ich eng mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten, um die erforderlichen Beweise zu erheben. Ich würde darüber hinaus die Arbeiten an den Leitlinien zum Schutz Minderjähriger im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste leiten, die vor dem Sommer 2025 abgeschlossen sein sollen. In den Leitlinien sollte dargelegt werden, wie Online-Plattformen im Einklang mit den Vorschriften des Gesetzes über digitale Dienste ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen gewährleisten sollen. Sie sollten mit der Einführung eines Altersüberprüfungssystems zum Schutz der Privatsphäre einhergehen.

Ich würde darüber hinaus zur EU-weiten Untersuchung der Auswirkungen sozialer Medien auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit beitragen, die von dem für Gesundheit und Tierwohl zuständigen Kommissionsmitglied geleitet wird. Die Untersuchung sollte sich auf die Einbeziehung von Kindern und Lehrkräften und das Wissen hochrangiger Experten aus der gesamten EU stützen, damit wir gemeinsam das sichere und gesunde digitale Umfeld schaffen, das unsere Kinder verdienen.

Im Hinblick auf den in den politischen Leitlinien angekündigten Aktionsplan gegen Cybermobbing würde ich zur Arbeit des für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Kommissionsmitglieds beitragen, um sicherzustellen, dass der Plan die erforderlichen deutlichen Maßnahmen enthält. Die 2022 angenommene Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) kann eine wertvolle Grundlage für den Aktionsplan sein. Ich würde außerdem anregen, dass die Mitgliedstaaten nach dem Gesetz über digitale Dienste vertrauenswürdige Hinweisgeber ernennen, die über nachweisliches Fachwissen in Bezug auf den Schutz von Minderjährigen, einschließlich Cybermobbing, verfügen.

Sollte ich bestätigt werden, wäre ich fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass die Kommission Vereinfachungen umsetzt und den Verwaltungsaufwand in diesem Bereich verringert. Dies ist Teil des Mandats aller Mitglieder des neuen Kollegiums und notwendig, um die Qualität der Rechtsvorschriften zu verbessern und deren vollständige Umsetzung sicherzustellen. Die Appelle unserer KMU und Unternehmen sind bei mir keinesfalls ungehört verhallt, und ich möchte unser digitales Regelwerk vereinfachen, wo immer sich entsprechende Möglichkeiten auftun. Ich würde sorgfältig prüfen, ob zum Zeitpunkt der Überarbeitung des Gesetzes über digitale Dienste im November 2025 und des Gesetzes über digitale Märkte im Mai 2026 rechtliche Vereinfachungen möglich sind. Alle neuen Rechtsvorschriften in diesem Bereich müssen klar sein und dürfen keine unnötigen Belastungen verursachen. Ich würde auch sicherstellen, dass die nationalen Rechtsvorschriften keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand verursachen und bei der Umsetzung der genannten Instrumente, die eine vollständige Harmonisierung bewirken, keine Überregulierung bewirken. Ich würde den Auswirkungen des digitalen Regelwerks auf Start-ups und Scale-ups besondere Aufmerksamkeit widmen und dafür sorgen, dass es so umgesetzt wird, dass unsere Wirtschaft florieren kann. Ich würde auch alle möglichen Digitalisierungsinstrumente prüfen, um der Wirtschaft die Einhaltung der EU-Vorschriften zu erleichtern.

8. E-Commerce-Plattformen

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von den Leyen, hat Ihnen die Leitung der Arbeiten zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit E-Commerce-Plattformen und insbesondere solchen aus Drittländern mit dem Ziel anvertraut, sicherzustellen, dass Verbraucher und Unternehmen von gleichen Wettbewerbsbedingungen profitieren, die auf wirksamen Vorschriften in den Bereichen Zoll, Steuern, Sicherheit und Nachhaltigkeit beruhen. Wie wollen Sie diese Ziele erreichen? Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptprobleme und mit welchen Instrumenten und Maßnahmen sollen sie bewältigt werden, insbesondere wenn die wichtigsten Akteure in Drittländern ansässig sind? Wie wird dies dazu beitragen, das Funktionieren des Binnenmarkts und den Schutz der Verbraucherrechte in der EU zu verbessern? Wie beabsichtigen Sie, bei dieser

Aufgabe mit anderen Mitgliedern des Kollegiums und den Durchsetzungsbehörden in den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten?

Wir müssen gegen die Gesundheits- und Sicherheitsrisiken sowie die Umweltschäden vorgehen, die dadurch entstehen, dass Milliarden von Päckchen durch die Vermittlung von E-Commerce-Online-Plattformen aus Drittländern direkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU versandt werden und dass solche Produkte, insbesondere in Bezug auf Authentizität und Sicherheit, häufig nicht den EU-Vorschriften entsprechen. Die politischen Leitlinien enthalten ein klares Bekenntnis zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit E-Commerce-Plattformen. Wenn ich bestätigt werde, würde ich dieses Ziel in Angriff nehmen und dabei einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der wirksame Zoll-, Steuer- und Sicherheitskontrollen und andere Überwachungsmaßnahmen sowie Nachhaltigkeitsstandards, die Verbesserung der Sicherheit und Konformität von Produkten, die von Verkäufern aus Drittländern online verkauft werden, die Unterstützung einer effizienten und koordinierten Durchsetzung sowie die Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs und gleicher Wettbewerbsbedingungen umfasst. Die EU sollte das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit E-Commerce-Plattformen zu bewältigen.

Die Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste, der Marktüberwachungsverordnung und der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht sicherzustellen, dass die den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern online zum Verkauf angebotenen Waren sämtlichen geltenden EU-Vorschriften entsprechen. Eine starke und wirksame Durchsetzung gegenüber Akteuren, die die Vorschriften nicht einhalten, ist von entscheidender Bedeutung, und nach dem Gesetz über digitale Dienste riskieren Unternehmen Geldbußen von bis zu 6 % ihres weltweiten Umsatzes. Online-Marktplätze und Verbraucherschutz im Internet gehören zu den Prioritäten bei der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste. Die Kommission sammelt derzeit Beweise für systemische Probleme auf Online-Marktplätzen und hat bereits Untersuchungen in Bezug auf eine Reihe von E-Commerce-Plattformen eingeleitet, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, unter anderem zu Verdachtsfällen im Zusammenhang mit unseriösen Händlern und zum Risiko der Verbreitung illegaler Produkte mit negativen Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sollte ich bestätigt werden, würde ich dies energisch und zügig weiterverfolgen.

Eine gute Durchsetzung muss von der Zivilgesellschaft und insbesondere von Verbraucherverbänden und Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden. Die EU sollte keine Toleranz gegenüber unseriösen Händlern zeigen, die mit unsicheren und mit in Zwangsarbeit hergestellten Produkten handeln.

Unsichere oder nicht konforme Produkte zu ermitteln und zu verhindern, dass sie in den Binnenmarkt gelangen, erfordert zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden und den Marktüberwachungsbehörden. Ich würde dafür sorgen, dass die Kommission dies im Rahmen ihrer dauerhaften Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden unterstützt, um sicherzustellen, dass die Durchsetzung auf EU-Ebene und die Durchsetzung auf nationaler Ebene wirksam miteinander verbunden sind. Dank der weitgehenden Transparenz- und Informationspflichten, die im Gesetz über digitale Dienste in Bezug auf die Identifizierung von Händlern festgelegt sind, und dank der ergänzenden neuen Rückverfolgbarkeitsvorschriften im Rahmen der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit können die verschiedenen Behörden nun sehen, wer hinter dem Online-Verkauf eines bestimmten Produkts steht. Für eine wirksame und koordinierte Durchsetzung müssen solche und andere Arten von Informationen genutzt werden. Die nationalen Marktüberwachungsbehörden sollten auch bei der Organisation gemeinsamer Probenahme- und Prüftätigkeiten sowie bei gleichzeitigen koordinierten Kontrollen, sogenannten Sweeps, der Produktsicherheit unterstützt werden, um die Konformität der E-Commerce-Akteure zu kontrollieren und zu verbessern.

Ich würde eng mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher von den Möglichkeiten digitaler Technologien profitieren können und dabei dank eines wirksamen Rahmens für die Durchsetzung der Verbraucherrechte, auch gegenüber außerhalb der Union ansässigen Händlern, vor unethischen Praktiken geschützt sind.

Im Falle meiner Bestätigung würde ich dafür sorgen, dass unsere Arbeit im Bereich des E-Commerce auch auf der vorgeschlagenen Zollreform aufbaut. Die Menge der Pakete im Wert von bis zu 150 EUR, die derzeit zollfrei sind und direkt aus Drittländern versandt werden, hat sich in den letzten vier Jahren vervierfacht. 2024 wird es sich um voraussichtlich 4 Mrd. Pakete handeln, wobei die Behörden von nur sieben Mitgliedstaaten (Niederlande, Belgien, Frankreich, Ungarn, Italien, Spanien und Deutschland) für die Überwachung von mehr als 90 % dieser Einfuhren in die EU zuständig sind. Die derzeitigen Zollverfahren und -instrumente werden dem Bedarf nicht mehr gerecht. Mit der ehrgeizigen EU-Zollreform, die 2023 vorgeschlagen wurde, würden der Schwellenwert von 150 EUR für

die Zollbefreiung abgeschafft und die Kontrollkapazitäten strukturell gestärkt, indem mit der neuen EU-Zollbehörde und ihrer EU-Zolldatenplattform ein Risikomanagement auf EU-Ebene möglich würde. Die Reform würde die Fähigkeit der EU, auf Bedrohungen durch illegale und nicht konforme E-Commerce-Tätigkeiten zu reagieren, erheblich verbessern, und ich würde mit dem für Handel und Wirtschaftliche Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglied auf eine rasche Annahme hinarbeiten. Sollte ein Geschäftsmodell die strukturellen Schwierigkeiten ausnutzen, ausreichende Konformitätskontrollen der enormen Mengen einzeln verpackter, aus dem Ausland versandter Artikel durchzuführen, sollten wir auch andere Maßnahmen in Betracht ziehen.

Ich würde mich auch dafür einsetzen, dass kleinere Online-Marktplätze in der EU wachsen und mit Märkten außerhalb der EU konkurrieren können. Dies lässt sich nur durch gemeinsame Anstrengungen erreichen, und ein verstärkter multidisziplinärer Teamansatz innerhalb der Kommission würde dazu beitragen, die besten Lösungen für diese Herausforderung zu finden und umzusetzen.

Frage des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten / Frage des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung

9. Die EU ist mit den komplexesten Bedrohungen seit dem Ende des Kalten Krieges und mit einer sich verschlechternden Sicherheitslage konfrontiert, wobei die Bedrohungen sowohl von außerhalb als auch von innerhalb der Union ausgehen. Sie wurden damit beauftragt, mit dem für Verteidigung und Weltraum zuständigen Kommissionsmitglied und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (VP/HR) zusammenzuarbeiten, um der Verteidigungsunion Leben einzuhauchen, die Konsolidierung unserer Verteidigungsindustrie voranzutreiben sowie Zersplitterung, Doppelarbeit und Ineffizienz zu verringern. Ein Schlüsselement dabei wird sein, neue und innovative Technologien zu nutzen, um uns im Verteidigungsbereich den technologischen Vorsprung zu sichern. Wie wollen Sie als Exekutiv-Vizepräsidentin Innovation und digitale Entwicklung in der Verteidigungsindustrie sowie das damit verbundene Potenzial in Bezug auf einen doppelten Verwendungszweck und die zivil-militärische Nutzung unterstützen und sicherstellen, dass die Bemühungen zur Regulierung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck wie KI gegenüber dem raschen Entwicklungstempo bei militärischen Anwendungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU-Grenzen nicht in Rückstand geraten? Wie planen Sie darüber hinaus, mit den Mitgliedstaaten, dem VP/HR und internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um Governance-Rahmen für die verantwortungsvolle Entwicklung und den verantwortungsvollen Einsatz von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, einschließlich des Einsatzes von KI für militärische Zwecke, zu schaffen, die eine sinnvolle menschliche Kontrolle gewährleisten? Wie wollen Sie die Sicherheit kritischer Infrastrukturen in der EU erhöhen?

Sollte ich bestätigt werden, werde ich gemeinsam mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und dem für Verteidigung und Weltraum zuständigen Kommissionsmitglied darauf hinarbeiten, die **Europäische Verteidigungsunion** mit Leben zu erfüllen, unsere Kapazitäten im Bereich Sicherheit und Abschreckung auszubauen und unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Innovation ist dabei von entscheidender Bedeutung, um modernste Verteidigungsfähigkeiten zu gewährleisten und strategische Abhängigkeiten auf ein Mindestmaß zu verringern, insbesondere in Bezug auf digitale und KI-Komponenten. Ich werde dafür sorgen, dass wir Innovationen im Verteidigungsbereich mit größerer Ambition vorantreiben, sowohl im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie als auch die technologische Überlegenheit der Streitkräfte der Mitgliedstaaten. Im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds wurden neue Initiativen zur Integration ziviler Technologien in die Verteidigungssysteme und zur Unterstützung von Start-ups und kleinen Unternehmen eingeführt. Mit der Auflage des Europäischen Innovationsprogramms im Verteidigungsbereich will die EU mit Investitionen von 1,5 Mrd. EUR bis 2027 dringend benötigte Mittel für Innovationen im Verteidigungsbereich bereitstellen. Wir müssen jedoch weiteres Kapital und Potenzial erschließen, indem wir unseren Rechtsrahmen überarbeiten und Hindernisse für Investitionen in Innovationen beseitigen.

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds haben gemeinsam die Eigenkapitalfazilität für den Verteidigungsbereich eingerichtet, mit der die Entstehung eines Ökosystems von privaten Fonds, die in Innovationen im Verteidigungsbereich investieren, gefördert werden soll. Kleine Deep-Tech-Unternehmen können hier durchschlagende Wirkungen erzielen, sind aber nach wie vor unterfinanziert; sie tun sich schwer, ihr Wachstum zu finanzieren und in den Lieferketten im Verteidigungsbereich Fuß zu fassen. Europa kann es sich nicht leisten, Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung zu subventionieren und den Unternehmen bei der

Entwicklung der aus den Projektergebnissen entstehenden Geschäftstätigkeiten gleichzeitig Steine in den Weg zu legen.

Im Einzelnen werde ich 1) den Ausbau neuer bahnbrechender Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und zivil-militärischem Potenzial unterstützen, 2) neue Möglichkeiten zur Finanzierung von Innovationen und Start-ups ermitteln, 3) mich für Forschungssicherheitsmaßnahmen einsetzen und 4) unnötige regulatorische Hürden beseitigen. Insgesamt strebe ich flexiblere, schnellere und schlankere Finanzierungszyklen mit geringeren Hindernissen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine bessere Verzahnung mit militärischen Endnutzern und Investoren an.

Die bestehenden Forschungsprogramme waren in der Vergangenheit ausschließlich entweder auf zivile Anwendungen oder auf Anwendungen im Verteidigungsbereich ausgerichtet. Die meisten kritischen Technologien von morgen sind jedoch solche mit doppeltem Verwendungszweck. Sollte ich bestätigt werden, werde ich gemeinsam mit den anderen zuständigen Kommissionsmitgliedern auf die Erschließung des Potenzials der EU im Bereich der Technologien mit doppeltem, d. h. zivil-militärischem Verwendungszweck hinarbeiten. Dabei werde ich mich auf die Ergebnisse des im Januar 2024 vorgelegten Weißbuchs mit Optionen zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Technologien mit doppeltem Verwendungszweck stützen. Synergien können auch für zivile Anwendungen Vorteile bringen. Ich werde gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank-Gruppe darauf hinarbeiten, unsere Tätigkeiten mit den Programmen der Gruppe zu Technologien mit doppeltem Verwendungszweck in Einklang zu bringen und das Risiko für Investitionen, die auf Entwicklungen im Bereich der Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und im Verteidigungsbereich ausgerichtet sind, zu verringern. Zudem möchte ich unsere Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Innovationsinstrumente weiter ausbauen.

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der KI zeigen, dass Technologie die Verteidigungsfähigkeit erheblich erhöhen kann, unter anderem durch Steigerung der Leistungsfähigkeit, Entfernung von Menschen aus hochgefährlichen Umgebungen, Senkung der Kosten von Fähigkeiten und Schaffung asymmetrischer Vorteile. Sollte ich bestätigt werden, werde ich sicherstellen, dass wir im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds weiterhin Maßnahmen zur Verringerung von Abhängigkeiten und zur Schließung der Entwicklungslücke im Bereich der KI für die Verteidigung ergreifen und dabei gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und einschlägigen Interessenträgern die europäische Zusammenarbeit und europäische Investitionen im Bereich der KI für die Verteidigung fördern.

Bereits in der Verordnung über künstliche Intelligenz sind für Technologien mit doppeltem Verwendungszweck wie KI Mechanismen für die Entwicklung vertrauenswürdiger Technologien vorgesehen. Darüber hinaus werde ich gemeinsam mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik in allen einschlägigen internationalen Foren auf verbindliche Vereinbarungen über eine wirksame menschliche Kontrolle der kritischen Funktionen in Verteidigungssystemen hinarbeiten. Im Rahmen der Finanzierung der europäischen Verteidigungsindustrie werden keine Mittel für die Entwicklung letaler autonomer Waffensysteme bereitgestellt, bei denen die Auswahl menschlicher Ziele und der Angriff auf diese keiner nennenswerten menschlichen Kontrolle unterliegen. KI kann jedoch wertvolle Entscheidungshilfen bei der Analyse komplexer Kampfsituationen und der Reaktion darauf bieten sowie bei Verteidigungstechnologien wie Frühwarnsystemen und Gegenmaßnahmen eingesetzt werden. In diesem Prozess werde ich eng mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten und alle einschlägigen Interessenträger einbeziehen.

Ich bin fest entschlossen, die Sicherheit und Resilienz kritischer Infrastrukturen und Einrichtungen, die solche Infrastrukturen in der gesamten EU betreiben, zu stärken. Sollte ich bestätigt werden, werde ich mit allen einschlägigen Interessenträgern zusammenarbeiten, die sich mit der physischen Sicherheit und Cybersicherheit unserer kritischen Infrastrukturen befassen. In enger Zusammenarbeit mit dem für Inneres und Migration zuständigen Kommissionsmitglied werde ich mich insbesondere für eine vollständige und fristgerechte Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und der CER-Richtlinie einsetzen. Die kombinierte Anwendung der beiden Richtlinien wird es uns ermöglichen, sowohl gegen Cyberbedrohungen als auch physische Bedrohungen in einer stärker integrierten bzw. ganzheitlichen Weise vorzugehen. Ich halte es in diesem Zusammenhang für vorrangig, in Reaktion auf die Ergebnisse der Stresstests für die kritischen Energieinfrastrukturen Maßnahmen zu ergreifen und die auf EU-Ebene koordinierte Bewertung von Cyberrisiken im Stromsektor sowie die Bewertung von Cyberrisiken für die Windkraft voranzutreiben. Meines Erachtens ist dies die Grundlage, auf der weitere Lösungen bewertet werden können, z. B. zur Erhöhung des Schutzes der unterseeischen Energieinfrastrukturen oder zur Verbesserung des sicheren Austauschs sensibler Informationen zwischen den Mitgliedstaaten und den Betreibern kritischer Einrichtungen im Energiebereich.

Ich werde zudem dafür sorgen, dass die Kommission EU-Sicherheitsberater einsetzt, um Mitgliedstaaten, für die Schwachstellenbewertungen vorliegen, bei Hochrisiko-Veranstaltungen und kritischen Infrastrukturen zu unterstützen.

Die Weltraumdienste der EU (Galileo und Copernicus) leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit kritischer Infrastrukturen, womit sie die Tätigkeit mehrerer Wirtschaftszweige ermöglichen und wesentliche Dienste für Sicherheit und Verteidigung erbringen. Gleichzeitig gehört der Weltraum selbst zu den kritischen Infrastrukturen. Ich werde gemeinsam mit dem für Verteidigung und Weltraum zuständigen Kommissionsmitglied darauf hinarbeiten, dass im Rahmen des künftigen Vorschlags für ein EU-Weltraumgesetz neuartige Risiken für die Sicherheit der Weltrauminfrastruktur angegangen und Schutz und Resilienz der Weltraumressourcen gestärkt werden.

Schließlich möchte ich mit IRIS² sichere Konnektivitätsdienste für die Mitgliedstaaten bereitstellen, die den höchsten Schutz gegen alle potenziellen Bedrohungen bieten.

Frage des Ausschusses für Kultur und Bildung

10. Wie werden Sie angesichts Ihres umfangreichen Geschäftsbereichs darauf hinwirken, dass die Medienbranche und der audiovisuelle Sektor die Priorität, die Aufmerksamkeit und die Haushaltsmittel erhalten, die ihrer kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktion angemessen sind sowie den aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel entsprechen? Wie beabsichtigen Sie insbesondere, auch in Zukunft die kohärente Umsetzung und Überwachung des komplexen EU-Rechtsrahmens, der Auswirkungen auf die Medienbranche, den audiovisuellen Sektor und die Kultur- und Kreativwirtschaft hat, sicherzustellen, insbesondere was die Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) und des Europäischen Rechtsakts zur Medienfreiheit (EMFA) betrifft?

Als ehemalige Journalistin werde ich im Einklang mit meinem Mandatsschreiben einen Ansatz verfolgen, der die einzigartige Stellung der Medien in unserer Demokratie und unserer Kultur anerkennt und gleichzeitig deren wirtschaftliche Entwicklung fördert. Ich werde dafür sorgen, dass Regulierung, Finanzierung und unsere politische Strategie – wann immer die EU beteiligt ist – wirksam ineinandergreifen, um zur Schaffung eines robusteren audiovisuellen und Mediensektors beizutragen, der mit starken Akteuren seiner Rolle bei der Förderung der demokratischen Debatte, unserer Kultur und des digitalen Wandels gerecht werden kann.

Die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ist einer der Eckpfeiler unserer Medienpolitik. Ihre sektorspezifischen Vorschriften fördern europäische Inhalte und den Medienpluralismus und dienen dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und unserer Gesellschaft insgesamt. Die Vorschriften sind auf die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für neue und etablierte Medienakteure ausgerichtet. Zudem stärken sie den Schutz der Nutzerinnen und Nutzer, auch minderjähriger, auf Videoplattformen und fördern die kulturelle Vielfalt über Quoten, Herausstellungsregeln und zulässige Investitionsverpflichtungen. Die Mitgliedstaaten müssen über unabhängige Regulierungsbehörden für den Sektor verfügen, die mit ausreichend Personal und Ressourcen ausgestattet sind. Sollte ich bestätigt werden, werde ich mein Augenmerk insbesondere auf die praktische Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und der damit zusammenhängenden Digitalgesetze richten. Was die Förderung der Vorschriftentreue der Mitgliedstaaten angeht, so werde ich von allen Umsetzungs- und Durchsetzungsinstrumenten, einschließlich Vertragsverletzungsverfahren, in vollem Umfang Gebrauch machen.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich im Rahmen der anstehenden Bewertung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die bis 2026 abgeschlossen sein soll, eng mit dem Ausschuss für Kultur und Bildung des Parlaments zusammenarbeiten. Bei der Bewertung sollten die Mängel des bestehenden Rahmens ermittelt und neue Herausforderungen in Bezug auf die Sichtbarkeit europäischer Inhalte, die Entwicklung des Marktes und das Aufkommen von neuen Technologien und Akteuren wie Influencern berücksichtigt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Schutz für die Schaffung europäischer Inhalte, dem Rahmen für die Auferlegung finanzieller Beiträge, der Definition von europäischen Werken und unabhängigen Produktionen gewidmet werden. Diese Themen sind von entscheidender Bedeutung, wenn wir wahrhaft europäische Inhalte fördern und sicherstellen wollen, dass die entsprechenden Rechte des geistigen Eigentums im Binnenmarkt geschützt sind.

Zudem werde ich vom Beginn meines Mandats an im Einvernehmen mit dem für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Kommissionsmitglied mit den einschlägigen Interessenträgern, Urhebern

und Medienproduzenten, den Verbänden und den Behörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Meine Leitprinzipien dabei werden die weitere Stärkung der gleichen Wettbewerbsbedingungen, ein besserer Schutz der Nutzerinnen und Nutzer, insbesondere minderjähriger, und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der kulturellen Vielfalt des europäischen audiovisuellen Sektors sein. Zu diesem Zweck werde ich potenzielle Synergien zwischen der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und der Digitalgesetzgebung ermitteln und nutzen und zudem danach streben, den Rechtsrahmen zu vereinfachen und zu straffen.

Der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit und die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste stehen in enger Verbindung und ergänzen einander. Sollte ich bestätigt werden, werde ich in enger Abstimmung mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied darauf hinwirken, dass der europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit umgesetzt wird und in der Praxis wirksam ist. Da die Medienfreiheit für die Rechtsstaatlichkeit und als Schutzschild für die Demokratie besonders wichtig ist, werde ich mein Handeln auch mit jenen Kommissionsmitgliedern abstimmen, die für Wettbewerbsfähigkeit und andere für den audiovisuellen und Mediensektor relevante Politikbereiche zuständig sind. In diesem Zusammenhang stellt die Einrichtung des neuen Europäischen Gremiums für Mediendienste und seines Sekretariats eine unmittelbare Priorität dar. Es ist von höchster Bedeutung, dass das Gremium schnell einsatzbereit ist und seine wichtigen Aufgaben zur Förderung unabhängiger und nachhaltiger Medien, die auch bei der Bekämpfung von Desinformation eine entscheidende Rolle spielen, erfüllen kann.

Sollte ich vom Europäischen Parlament bestätigt werden, werde ich sicherstellen, dass die Kommission gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten darauf hinwirkt, dass die Umsetzung der Verordnung vor Ablauf der Frist im August 2025 auf Kurs ist, insbesondere in Bezug auf die Vorschriften für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien.

Der europäische Mediensektor umfasst eine Reihe kritischer Branchen, die für die EU in kultureller, gesellschaftlicher und finanzieller Hinsicht strategisch relevant sind. Diese Branchen sind vielfältig und reichen vom audiovisuellen Sektor bis hin zu Nachrichten, Medien und Videospielen. Die EU hat beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die Transformation dieser Branchen zu unterstützen und ihre Resilienz zu stärken. Es muss aber noch mehr getan werden, um ihnen im Umgang mit wachsenden Herausforderungen wie dem derzeitigen digitalen Wandel und dem beispiellosen globalen Wettbewerb zu helfen. In diesem Rahmen nehme ich zur Kenntnis, dass das Europäische Parlament Maßnahmen im Zusammenhang mit der Videospielindustrie fordert, die auch ich als einen immer wichtigeren Teil des Mediensektors sehe.

Was die finanzielle Unterstützung angeht, so ist derzeit das Medienprogramm das finanzielle Fundament unserer Medienpolitik. Den im Rahmen des Programms verfolgten Zielen der Förderung der kulturellen Vielfalt und der Wettbewerbsfähigkeit kommt entscheidende Bedeutung zu.

Frage des Rechtsausschusses

11. Urheberrecht

In Ihrem Mandatsschreiben werden Sie aufgefordert, die Notwendigkeit zu prüfen, den Rahmen für das Urheberrecht weiter zu verbessern, um neuen Herausforderungen, die sich aus Entwicklungen auf dem Markt und in der Technologie ergeben, zu begegnen, sowie zur Bekämpfung sittenwidriger Methoden im Internet wie etwa Dark Patterns beizutragen.

Ein solcher Rahmen wird künftig eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) und anderen Technologien spielen. Das Verhältnis zwischen KI und Urheberrecht und verwandten Schutzrechten ist ein weites und komplexes Feld, das es zu erkunden gilt. In der kürzlich verabschiedeten Verordnung über künstliche Intelligenz, die darauf abzielt, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und die Einführung einer menschenzentrierten und vertrauenswürdigen KI zu fördern und gleichzeitig ein hohes Maß an Schutz (in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit, personenbezogene Daten und die in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte) sicherzustellen, wurde die Frage der Verwendung urheberrechtlich geschützter Inhalte beim Training von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck in Teilen behandelt. In der Verordnung wird betont, dass KI-Systeme mit allgemeinem Verwendungszweck bestimmte Transparenzanforderungen erfüllen müssen, indem detaillierte Zusammenfassungen der für das Training von KI verwendeten Inhalte veröffentlicht werden, und dass das EU-Urheberrecht und insbesondere die in der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt von 2019 festgelegten Ausnahmen für das Text und Data Mining eingehalten werden müssen. Nun bleibt abzuwarten, wie diese Vorschriften und die entsprechenden Kodizes in der Praxis wirksam umgesetzt

werden. Die Verordnung über künstliche Intelligenz hat bezüglich des Verhältnisses zwischen generativer künstlicher Intelligenz und Urheberrecht zwar einen Anfang gemacht, aber in anderen Bereichen dieses Verhältnisses besteht noch Klärungsbedarf. Generative künstliche Intelligenz stellt den Rechtsrahmen für das Urheberrecht vor neue Herausforderungen, die nach wie vor ungelöst sind und potenzielle Auswirkungen auf schöpferische Tätigkeiten, Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit der EU haben können, etwa wenn es um den möglichen urheberrechtlichen Schutz von KI-generierten Inhalten, die angemessene Vergütung der Urheber für die Verwendung ihrer Werke durch generative künstliche Intelligenz oder die Verletzung des Urheberrechts im Zusammenhang mit generativer künstlicher Intelligenz geht. Gleichzeitig berühren die im Internet eingesetzten sittenwidrigen Methoden nicht nur den Verbraucherschutz, sondern auch die sehr ethischen Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz moderner Technologien und den Rechten des geistigen Eigentums, insbesondere dem Urheberrecht, wobei die Dark Patterns zu einer Aushebelung des Urheberrechts führen können.

Erstens: Was wäre vor diesem Hintergrund Ihre Strategie, um sicherzustellen, dass der Urheberrechtsrahmen alle Herausforderungen, die sich aus KI und neuen Technologien ergeben, in vollem Umfang berücksichtigt und schöpferische Tätigkeiten, Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit der EU im digitalen Zeitalter auch weiterhin fördert, und welche Gesetzgebungsinitiativen sehen Sie diesbezüglich möglicherweise vor? Zweitens: Wie würden Sie vor diesem Hintergrund die Zusammenarbeit mit dem für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Kommissionsmitglied koordinieren, um eine Strategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu entwickeln, mit der die KI-bedingten Herausforderungen angegangen werden? Und drittens: Wie würden Sie vor diesem Hintergrund sicherstellen, dass die Gefahren, die von Dark Patterns im Internet ausgehen, an den Punkten, an denen sie ethische Fragen, Rechtsvorschriften im Bereich des geistigen Eigentums und den Verbraucherschutz berühren, angegangen werden?

Ein robuster Urheberrechtsrahmen bleibt unerlässlich, um im Zeitalter der KI und insbesondere der generativen KI die Produktion und Verbreitung kreativer Inhalte zu unterstützen. Die EU steht bei der Regulierung der KI und des Urheberrechts an vorderster Front – dank der Vorschriften über Text- und Data-Mining in der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt und der unlängst verabschiedeten Verordnung über künstliche Intelligenz. Mit diesen Vorschriften soll ein Gleichgewicht zwischen Innovation und dem Schutz der Rechteinhaber hergestellt werden. Ihre wirksame Anwendung sollte Rechtssicherheit bieten, nicht nur für die Urheber und die Kreativwirtschaft, sondern auch für die KI-Entwickler. Es muss sichergestellt werden, dass sich die Vorschriften in der Praxis bewähren, insbesondere wenn sich die Rechteinhaber ihre Rechte im Rahmen der Ausnahmeregel für Text- und Data-Mining vorbehalten haben. Die Verordnung über künstliche Intelligenz schreibt Entwickeln generativer KI-Modelle vor, eine Zusammenfassung der für das Training des KI-Modells verwendeten Inhaltsdaten zu veröffentlichen. Dies dürfte für mehr Transparenz bei der Nutzung geschützter Inhalte für das KI-Training sorgen. Die neuen Vorschriften werden derzeit im Rahmen des Multi-Stakeholder-Verhaltenskodex für KI mit allgemeinem Verwendungszweck unter dem Vorsitz führender KI- und Urheberrechtswissenschaftler in konkrete Maßnahmen übertragen. Die Verordnung über künstliche Intelligenz wird die Transparenz im Bereich der generativen KI weiter stärken, da die Entwickler sicherstellen müssen, dass KI-generierte Inhalte maschinell nachweisbar sind und Deepfakes optisch gekennzeichnet werden.

Sollte ich vom Europäischen Parlament bestätigt werden, werde ich vor dem Hintergrund dieser zentralen Vorschriften prüfen, ob eine weitere Stärkung des EU-Urheberrechtsrahmens erforderlich ist, um neuen Herausforderungen zu begegnen, die sich aus Entwicklungen auf dem Markt und technologischen Entwicklungen ergeben. Im Hinblick auf KI kommt es darauf an, die Herausbildung eines gut funktionierenden Marktes für die Lizenzierung urheberrechtlich geschützter Werke mit fairen Bedingungen für alle beteiligten Akteure zu fördern, damit die Urheber und die Kreativwirtschaft eine angemessene Vergütung erhalten und gleichzeitig für KI-Anbieter, insbesondere kleinere Anbieter aus der EU, ein wettbewerbsfähiger Zugang zu hochwertigen Daten gewährleistet ist. Die Kommission sollte prüfen, ob besondere Lizenzierungs- und Mediationsmechanismen in Betracht gezogen werden können, um Lizenzvereinbarungen zwischen Kreativwirtschaft und KI-Unternehmen zu erleichtern und Ausschlussrisiken zu vermeiden.

Die Einführung von Diensten mit KI-generierten Inhalten wirft zudem komplexe Fragen im Zusammenhang mit dem rechtlichen Status der von KI autonom generierten Inhalte und der Haftung für mögliche Urheberrechtsverletzungen auf. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Kommission diese Themen vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf dem Markt und der technologischen Entwicklungen eingehend prüft.

Im Umgang mit diesen Themen werde ich sicherstellen, dass bei allen zur Stärkung des EU-Urheberrechtsrahmens vorgeschlagenen neuen Maßnahmen ein Gleichgewicht zwischen der Förderung des kreativen Schaffens und Unterstützung für die Entwicklung neuer Technologien gewahrt bleibt und dabei eine überkomplexe Regulierung vermieden wird.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich in enger Zusammenarbeit mit dem für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Kommissionsmitglied eine Strategie entwickeln, die speziell auf die Chancen und Herausforderungen der KI für die Kultur- und Kreativwirtschaft ausgerichtet ist. Für diese Strategie können wir auf der Verordnung über künstliche Intelligenz und dem EU-Urheberrechtsrahmen aufbauen und eine Reihe gezielter Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationen in der Kultur- und Kreativwirtschaft, zur Förderung fairer Geschäftsmodelle und zur Stärkung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt im Internet vorschlagen.

Dark Patterns können unter Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums, einschließlich Marken und Urheberrechten, Nutzerinnen und Nutzer im Internet irreführen. Sie sind auf Online-Plattformen durch das Gesetz über digitale Dienste bereits ausdrücklich verboten, treten möglicherweise aber auch im Zusammenhang mit anderen Online-Aktivitäten auf. Ich werde bei diesen Themen eng mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten.

Die Verordnung über künstliche Intelligenz verbietet Praktiken und Systeme, die Techniken der unterschwelligen Beeinflussung oder täuschende Techniken mit dem Ziel einsetzen, Menschen auf schädliche Weise zu manipulieren. Dies schließt Dark Patterns und andere manipulative Techniken ein. Ich werde sicherstellen, dass die Kommission Leitlinien zu diesen Verboten erarbeitet und ab dem Geltungsbeginn am 2. Februar 2025 deren wirksame Umsetzung überwacht.

Frage des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

12. Ihr Geschäftsbereich umfasst ein breites Spektrum von Politikbereichen, für die der LIBE-Ausschuss zuständig ist, von Grenzmanagement, Asyl und Migration über Freiheit, Sicherheit, Recht und Rechtsstaatlichkeit bis hin zu künstlicher Intelligenz und Digitalpolitik.

Zum einen werden Sie daher in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern für die Überwachung der Arbeit der Kommission an den Außengrenzen und die Umsetzung des Migrations- und Asylpakets sowie für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit – auch in Bereichen wie Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung und Medienfreiheit – zuständig sein. Wie werden Sie in jedem dieser Bereiche die Arbeit steuern und welche Prioritäten haben Sie?

Zum anderen werden Sie für die Umsetzung und Durchsetzung aller wichtigen Rechtsvorschriften für die Digitalpolitik zuständig sein, die in den vergangenen Jahren angenommen wurden, um datengetriebenen technologischen Fortschritten Rechnung zu tragen, wie etwa des Gesetzes über digitale Dienste, des Gesetzes über digitale Märkte und der Verordnung über künstliche Intelligenz, die allesamt erhebliche Auswirkungen auf die Grundrechte auf Datenschutz und Privatsphäre haben. Wie werden Sie sicherstellen, dass diese verschiedenen Rechtsvorschriften miteinander harmonisieren und unter Wahrung der Standards für die Einhaltung der Grundrechte umgesetzt und durchgesetzt werden? Und wie können die für die Durchsetzung der im Digitalbereich bestehenden Rechtsvorschriften, aber auch der DSGVO und der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation zuständigen Behörden wirksam zusammenarbeiten?

Die Verteidigung der Demokratie, ein Mehr an Sicherheit und ein neuer Impuls für den digitalen Wandel werden in meiner Amtszeit – wenn ich vom Parlament bestätigt werde – von zentraler Bedeutung sein. Ich bin überzeugt, dass diesen Bestrebungen nur dann Erfolg beschieden sein kann, wenn wir unsere Grundwerte in den Mittelpunkt rücken.

Den sich wandelnden Gefahren für unsere Sicherheit und unsere Demokratie kann nur mit klaren und übergreifenden politischen Ansätzen wie dem Demokratieschild, der Strategie der inneren Sicherheit und der Europäischen Verteidigungsunion begegnet werden. Die genannten Aufgaben müssen uneingeschränkt in unsere Digitalpolitik und unsere Politik im Bereich der Cybersicherheit integriert werden. Sich den Herausforderungen der Migration zu stellen, heißt, das Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung – das die Grundlage des Pakets bildet – zu wahren. Den digitalen Wandel voranzutreiben, heißt, zu zeigen, dass dadurch die Sicherheit, die Privatsphäre und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger nicht beeinträchtigt wird.

Wir brauchen Ergebnisse, die unsere Grundsätze in der Praxis zeigen. Dafür sind Zusammenarbeit und Dialog erforderlich. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass sich rechtsstaatliche Defizite ausprägen und um sich greifen. Kein Mitgliedstaat sollte mit den Herausforderungen der Migration allein gelassen werden. Wir müssen gemeinsam mit unseren Digitalpionieren Lösungen erarbeiten, die sicherstellen, dass die Rechte und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der digitalen Umgebung gewahrt bleiben. Der kontinuierliche Austausch mit dem Europäischen Parlament ist dabei von zentraler Bedeutung, um den robusten und kohärenten Ansatz zu

entwickeln, der nötig ist, um zu gewährleisten, dass die EU Antworten auf die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger gibt.

Im Rahmen der gemeinsamen Arbeit mit den anderen Kommissionsmitgliedern zur Umsetzung der in den politischen Leitlinien festgelegten Prioritäten werde ich mich vom Grundsatz der Zusammenarbeit und von unseren Werten leiten lassen und mein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung legen. Ich möchte am Beispiel der in Ihrer Frage angesprochenen Punkte erläutern, wie dies in der Praxis aussehen wird.

Im Bereich der Migration müssen wir die intensive Arbeit zu allen Aspekten eines umfassenden Ansatzes fortsetzen. Ich werde in enger Zusammenarbeit mit dem für Inneres und Migration zuständigen Kommissionsmitglied dafür sorgen, dass das Migrations- und Asylpaket in der Praxis tatsächlich spürbar wird. Dabei müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um die Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zu unterstützen. Der Bedarf an EU-Haushaltsmitteln wurde von der Haushaltsbehörde im Rahmen der Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens anerkannt, sodass zusätzliche Gelder zur Verfügung stehen werden, um die Umsetzung des Pakets zu unterstützen. Der Ausbau von Frontex muss mit der Umsetzung des Pakets einhergehen. Unsere Agentur für den Schutz der Außengrenzen muss Personal, modernste Technologie und eine robuste Governance erhalten und dauerhaft auf die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte verpflichtet werden. Darüber hinaus sollten wir unsere Politik noch breiter aufstellen, indem wir einen neuen gemeinsamen Ansatz für die Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht in der EU und eine neue Strategie für die EU-Visumpolitik einführen. Sollte ich bestätigt werden, werde ich das für Inneres und Migration zuständige Kommissionsmitglied bei der Ausarbeitung eines neuen Legislativvorschlags für eine neue wirksame Rückführungspolitik unterstützen. Eine starke Dynamik für die Migrationspolitik im Innern ist die beste Grundlage dafür, den Schengen-Raum zu schützen und sicherzustellen, dass Kontrollen an den Binnengrenzen nicht die Regel werden. Zugleich sollten wir keine Toleranz jenen gegenüber an den Tag legen, die die Sicherheit unserer Grenzen und unserer Bürgerinnen und Bürger durch hybride Operationen bedrohen, bei denen Migrantinnen und Migranten für politische Zwecke instrumentalisiert werden.

Auch beim umfassenderen Thema der externen Dimension der Migration werde ich eng mit den anderen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, da wir nur über gut funktionierende Partnerschaften eine Kooperation bei der Verhinderung irregulärer Ausreisen, der Bekämpfung der Schleuserkriminalität, der Verhinderung des Verlusts von Menschenleben und der reibungslosen Rückführung und Rücknahme erreichen können. Mit der Einbettung der Zusammenarbeit im Bereich der Migration in umfassende Partnerschaften von beiderseitigem Interesse gelangen wir am besten zu einem echten Austausch, in dessen Rahmen wir auch schwierige Fragen angehen können, etwa im Hinblick auf den uneingeschränkten Schutz der Menschenrechte. Dies verschränkt sich zudem mit unserer Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit, da wir mit einer wirksamen Politik der legalen Wege nach Europa die Anreize für irreguläre Migration verringern und gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte anwerben können, die unser Arbeitsmarkt benötigt.

Die Rechtsstaatlichkeit ist für das Funktionieren unserer Demokratie, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Die Priorität, die der Rechtsstaatlichkeit in den politischen Leitlinien eingeräumt wird, ist auch für mich maßgebend. Sollte ich vom Europäischen Parlament bestätigt werden, werde ich in enger Zusammenarbeit mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied und den anderen Kommissionsmitgliedern sicherstellen, dass unser Instrumentarium für die Rechtsstaatlichkeit auf dem neuesten Stand ist, wirksam genutzt wird und Ergebnisse liefert, die allen nutzen, sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen. Dazu gehört auch, weiter die Berichte über die Rechtsstaatlichkeit zu nutzen, um die Erweiterungsländer im Vorfeld des Beitritts zu zusätzlichen Fortschritten zu ermutigen. Wir müssen die finanzielle Unterstützung enger an den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und dessen Empfehlungen koppeln. Sollte ich bestätigt werden, werde ich zu diesem Zweck eng mit dem für den Haushalt zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten.

Eine Vielzahl von EU-Strategien stehen in einem engen Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit. Die Rechtsstaatlichkeit ist für den Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung, da sie die Gewähr dafür bietet, dass nicht gegen die gleichen Wettbewerbsbedingungen verstoßen wird, und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit sichert. Medien und Zivilgesellschaft spielen als Hüter der Rechtsstaatlichkeit eine unverzichtbare Rolle. Die EU kann die öffentliche Verwaltung dabei unterstützen, resilient gegenüber Korruption zu sein. Ganz allgemein ist die in den politischen Leitlinien festgelegte Agenda in hohem Maße davon abhängig, dass das EU-Recht fair und wirksam angewendet wird. Eine wichtige Rolle für eine Exekutiv-Vizepräsidentin besteht darin, die Wirkung solcher Querverbindungen zu maximieren.

Die in der Frage aufgeführten Beispiele der jüngsten Digitalgesetzgebung machen zudem deutlich, wie stark unsere Digitalpolitik mit unseren gesellschaftlichen Entscheidungen zusammenhängt. All diese Rechtsakte erforderten eine sorgfältige Prüfung der Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Demokratie und die Grundrechte. Die EU ist eine Vorreiterin in der Reflexion darüber, wie sichergestellt werden kann, dass ein dynamischer digitaler Sektor das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Verbraucherinnen und Verbraucher behält. Sollte ich bestätigt werden, werde ich dafür sorgen, dass die Kommission koordiniert vorgeht, damit wir sowohl einen Schwerpunkt auf die wirksame Umsetzung der wichtigen jüngsten Digitalgesetzgebung legen als auch die angesprochene umfassendere Perspektive im Rahmen der weiteren Entwicklung unserer Digitalpolitik im Auge behalten.

Dieser Ansatz sollte in vollem Umfang durch Kohärenz zwischen der Gesetzgebung einerseits und der Wahrung der Grundrechte und der Privatsphäre andererseits gekennzeichnet sein. Wie ich in meiner Antwort auf Frage 7 dargelegt habe, werde ich entschlossen darauf hinarbeiten, dass die Digitalgesetzgebung als kohärentes Regelwerk umgesetzt wird, das in Bezug auf die Achtung der Grundrechte den höchsten Ansprüchen genügt. Im Rahmen der neuen Digitalgesetzgebung hat sich das Spektrum der für die Umsetzung zuständigen Behörden erweitert. Gremien wie die Hochrangige Gruppe für das Gesetz über digitale Märkte, das Europäische Gremium für digitale Dienste und der Europäische Ausschuss für künstliche Intelligenz kommen zu den Datenschutzbehörden und den Aufsichtsbehörden für die Rechtsvorschriften über den e-Datenschutz hinzu. Diese Stellen sind dafür prädestiniert, sich über gemeinsame Themen auszutauschen, Beratung zu leisten und Fachwissen bereitzustellen, um zur Kohärenz des Regelwerks beizutragen. Wir hingegen müssen für klare Zuständigkeiten sorgen und gleichzeitig das wechselseitige Lernen und die wirksame Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen fördern. Die Kommission spielt als proaktive Impulsgeberin zur Unterstützung der Koordinierung eine wichtige Rolle.

Ich werde dafür sorgen, dass die Grundrechte der EU bei der Durchsetzung der Rechtsvorschriften in höchstem Maße gewahrt bleiben. So regelt das Gesetz über digitale Dienste zwar keine Online-Inhalte, sondern vielmehr die Verantwortlichkeit von Online-Plattformen für die von ihnen eingerichteten Systeme; zugleich enthält es jedoch Garantien für den Schutz der Meinungsfreiheit. Sehr große Online-Plattformen haben zusätzliche Verpflichtungen: Sie müssen schwerwiegende Risiken wie das der Desinformation bewerten und mindern und Maßnahmen ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass sich Inhalte nicht so leicht viral verbreiten. Wie ich in meiner Antwort auf Frage 7 erwähnt habe, ist das Gesetz über digitale Dienste geeignet, das Internet für die Bürgerinnen und Bürger der EU sicherer zu machen: Es gibt ihnen mehr Kontrolle, sorgt für mehr Transparenz und bietet der Zivilgesellschaft und der Forschung die Möglichkeit, systemische Risiken zu erkennen und zu markieren. Was die Verordnung über künstliche Intelligenz angeht, so müssen alle Behörden, die KI in einer potenziell riskanten Weise einsetzen, die möglichen Auswirkungen auf die Grundrechte bewerten. Schließt eine solche Verwendung von KI die Verarbeitung personenbezogener Daten ein, so müssen die betreffenden Behörden auch eine Datenschutz-Folgenabschätzung nach der Datenschutz-Grundverordnung durchführen, sofern die Verarbeitung der Daten voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führt. Auch hier sollte die Rolle der Kommission darin bestehen, die wirksame Umsetzung der Vorschriften durch praktische Koordinierung und wirksame Hilfestellung zu unterstützen.

Es ist dringend erforderlich, das richtige Gleichgewicht zwischen dem Anspruch auf Privatsphäre und Datenschutz einerseits und öffentlichen Interessen wie Sicherheit und Recht andererseits zu finden. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Strafverfolgungs- und Justizbehörden im digitalen Zeitalter wirksam arbeiten können. Es kann schwierig sein, Straftäter zur Rechenschaft zu ziehen, wenn diese zur Verschleierung krimineller Machenschaften Online-Dienste nutzen, die auf die Sicherung der Privatsphäre ausgerichtet sind. Ich werde prüfen, wie Strafverfolgung und Justiz mit den richtigen Instrumenten ausgestattet werden können, sodass die Grundrechte gewahrt bleiben und keine neuen Schwachstellen für die Cybersicherheit geschaffen werden. Ich werde dafür Sorge tragen, dass alle rechtlichen und technischen Lösungen für einen rechtmäßigen Datenzugang sorgfältig zusammen mit allen relevanten Interessenträgern ausgearbeitet werden.